



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
24.02.2021**

öffentlich

Ort: Georg-Friedrich-Händel-Halle,
Salzgrafenplatz 1,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 20:37 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates
	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Teilnahme ab 14:07 Uhr
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Ernst	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
René Schnabel	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
ans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Olaf Schöder
Johannes Menke
Gernot Nette

Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Stadtrat
Stadtrat
Teilnahme bis 15:13 Uhr
Teilnahme ab 16:06 Uhr

Verwaltung

Egbert Geier
René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Marco Schreyer
Oliver Paulsen
Maik Stehle

Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Leiter des Fachbereichs Recht
Referent für Grundsatzangelegenheiten
Protokollführer

Gäste

Jörg Schultze

Geschäftsführer der Halleschen Wasser und
Stadtwirtschaft GmbH

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel
Steve Mämecke
Mario Schaaf
Kay Senius
Dr. Sven Thomas
Torsten Schaper

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu **Herr Fritz zur Einwohnerfragestunde**

Herr Fritz sagte, dass sein Wortbeitrag aus der letzten Stadtratssitzung per Bild und Ton im Livestream übertragen wurde, obwohl er sein Einverständnis dafür nicht erteilt hat. Er fragte, mit welchen Maßnahmen seine Persönlichkeitsrechte geschützt werden können und wie das Verfahren künftig erfolgen soll.

Herr Paulsen antwortete, dass auf dem Einwohnerzettel der Übertragung von Ton- und Bildwiedergabe widersprochen werden kann. In dem Fall würde der Livestream unterbrochen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass Herr Fritz am heutigen Tag in keinem Livestream übertragen wird.

Herr Fritz sagte, dass sein Wortbeitrag vom 17.02.2021 noch im Livestream angeschaut werden kann. Er forderte die sofortige Löschung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte dies zu.

zu **Herr Thomas zum Infektionsschutzgesetz**

Herr Thomas fragte, ob die Verwaltung vor jedem PCR-Test die Zahl der Zyklen veröffentlichen wird.

Frau Brederlow antwortete, dass bei den PCR-Tests die Zyklen mitbetrachtet werden. Eine Differenzierung in der Veröffentlichung erfolgt derzeit noch nicht. Sie werde dies prüfen.

Herr Thomas sagte, dass er die Informationen an den gesamten Rat verteilt hat und fragte, ob die Verwaltung je von einem Ratsmitglied Nachfragen dazu erhalten habe.

Frau Brederlow sagte eine Prüfung zu.

zu **Herr Pethe zum Winterdienst**

Herr Pethe sprach zum Wintereinbruch und den damit verbundenen zugeschneiten Straßen und Haltestellen. Er bat um Bewertung der Situation, da Haltestellen nicht vom Schnee befreit wurden, Buslinien ausgefallen sind und trotz Ankündigung die Müllentsorgung nicht stattfand. Weiter, wohin er sich als Bürger wenden kann, wenn die Internetplattform „Sag`s uns einfach“ nicht zur Verfügung steht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass innerhalb kürzester Zeit ein starker Schneefall zu verzeichnen war. Diesen Schnee zu beseitigen, hat alle Mitarbeiter gefordert. Er dankte allen, die dafür gesorgt haben, dass der Verkehr nicht zusammengebrochen ist.

Einen entsprechenden Bericht zur Auswertung wird es im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung geben.

Herr Schultze sagte zu, über die Themen Winterdienst, ÖPNV und Müllentsorgung im Zusammenhang mit dem starken Schneefall im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung umfangreich zu informieren.

Frau Müller beendetet die Einwohnerfragestunde

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 50 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (87,72%) fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

– Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll –

Frau Müller

Damit komme ich zur Feststellung der Tagesordnung. Von der Tagesordnung ist zu nehmen: TOP 7.3. Hier ist der Vorschlag, diesen zu vertagen. Die Behandlung im Fachausschuss erfolgt im März im Planungsausschuss. TOP 7.4 plus Änderungsantrag TOP 7.4.1. Hier ist ebenfalls der Vorschlag der Vertagung. Die Behandlung erfolgt ebenfalls im Planungsausschuss im März. TOP 8.2 ebenfalls Vorschlag der Vertagung. Auch hier erfolgt die Behandlung in den Fachausschüssen im März. TOP 10 schriftliche Anfragen wäre der Vorschlag abzusetzen. Die Fragen wurden beantwortet, schriftlich. TOP 11.1 bis 11.6 hier wäre ebenfalls der Vorschlag abzusetzen. Die Antworten liegen digital vor. TOP 13.1 bis 13.8 das sind die Anregungen. Ebenfalls Vorschlag absetzen. Die werden im Hauptausschuss behandelt. Und TOP 14.1 und TOP 14.4 Anträge auf Akteneinsicht. Hier ist der Vorschlag ebenfalls absetzen. Die liegen auch digital vor. Ich habe darüber hinaus folgenden Vorschlag zur Tagesordnung zu machen: Dass wir den Sitzungsmodus so wie wir das bei der letzten Sitzung gehandhabt haben festlegen auf viermal anderthalb Stunden mit jeweils 20 bis 25 Minuten Pause dazwischen. Gibt es Anmerkungen zur Tagesordnung? Frau Dr. Brock, bitte.

Frau Dr. Brock

Es kann sein, dass ich das jetzt nicht richtig verstanden habe. Die Anregungen wollen Sie absetzen. Das heißt, man kann keine mündlichen Anregungen mehr jetzt hier geben?

Frau Müller

Das ist ein Vorschlag, Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Dann würde ich darum bitten, dass wir die Anregungen drauf lassen. Ich denke, das wird nicht die Tagesordnung sprengen, wenn dort ein paar Anregungen gestellt werden.

Frau Müller

Okay, kleinen Moment bitte.

So, ich habe jetzt nochmal den Hinweis von Herrn Stehle bekommen. Wir erledigen nur die Anregungen, die schon da sind, weil die sind hinterlegt. Aber der Punkt selber bleibt. Das heißt, es können natürlich noch weitere Anregungen getroffen werden.

Frau Dr. Brock

Zum Verständnis kurz. Wir haben also mündliche Anfragen und mündliche Anregungen sind möglich heute? Dankeschön.

Frau Müller

Ja. So ist das gemeint, genau. Herr Raue, bitte.

Herr Raue

Ja, ist in Ordnung. Wir haben im Oktober ungefähr zehn Akteneinsichten gestellt. Da haben wir noch keine Termine zugesandt bekommen. Weil wir ja den Tagesordnungspunkt jetzt absetzen wollen. Ich würde dem auch zustimmen, das abzusetzen. Aber das wollte ich nur nochmal an die Verwaltung geben. Da brauchen wir unbedingt noch die Termine aus der Oktobersitzung.

Frau Müller

Ich habe gerade gehört, die sind in Bearbeitung. Die Verwaltung ist dran, okay. Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Die Stadtverwaltung hat aus Sicht meiner Fraktion zum Antrag 9.6 absolut nachvollziehbar erklärt, dass dieser für erledigt zu erklären ist, und deswegen möchten wir dem Votum der Verwaltung hier gerne folgen und beantragen, den Antrag 9.6 für erledigt zu erklären und nicht zu behandeln.

Frau Müller

Das verstehe ich als Geschäftsordnungsantrag, den Antrag 9.6 für erledigt zu klären. Zum Geschäftsordnungsantrag, Herr Raue, bitte.

Herr Raue

Ja, das geht gar nicht, dass wir das tun, denn die Verwaltung hat nicht auf den Antrag reagiert, Herr Eigendorf. Wenn Sie sich mal die Mühe machen würden, den Antragstext zu lesen, und die Antwort der Verwaltung dem gegenüber zu stellen, dann würden Sie feststellen, dass beides nicht zueinander passt. Und um das aufzuklären, muss erstens der Antrag auf der Tagesordnung bleiben und auch in die Ausschüsse dann überwiesen werden. Also den können wir keinesfalls absetzen, weil die Antwort der Verwaltung nicht zum Antrag passt.

Frau Müller

Herr Schreyer bitte dazu.

Herr Schreyer

Bitte gestatten Sie mir zunächst den Hinweis, dass noch Klarheit geschaffen werden muss, welcher Geschäftsordnungsantrag gestellt wird. Ich habe einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung gehört, währenddessen die Gegenrede jetzt auf Absetzen lautete. Bei der Absetzung wäre natürlich der Hinweis „Zustimmung Einbringer erforderlich“ und darüber hinaus natürlich auch die Möglichkeit einer Wortmeldung. Das ist jetzt eben schon passiert. Bei der Erledigung wäre das nicht erforderlich nach der Geschäftsordnung. Also da müssen Sie sich erstmal jetzt einig werden.

Frau Müller

Herr Eigendorf, schaffen Sie Einigung.

Herr Eigendorf

Ja, da ich mich nur mit mir einigen muss, ist das einfach. Ich habe klar formuliert, dass wir ihn für erledigt erklären wollen. Da müsste Herr Raue das nächste Mal zuhören, aber das kriegen wir sicherlich hin.

Frau Müller

So, dann haben wir jetzt den Geschäftsordnungsantrag auf...

Herr Raue

Moment, Frau Vorsitzende.

Frau Müller

Herr Raue, ich sehe das schon. Lassen Sie mich bitte ausreden und ich rufe dann die Leute auf, nicht Sie, danke. So, wir haben den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung und dazu jetzt zum Geschäftsordnungsantrag Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Also ich habe hier unsere Geschäftsordnung vorzuliegen. Ich kann den Punkt Erledigung nicht entdecken als zulässigen Geschäftsordnungsantrag.

Frau Müller

Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Auch da helfe ich gerne. Paragraph 10 Absatz 1 Buchstabe h).

Frau Müller

So, wir haben den Geschäftsordnungsantrag immer noch auf Erledigung. Sehe ich jetzt zum Geschäftsordnungsantrag noch Wortmeldungen? Herr Raue, bitte noch einmal.

Herr Raue

Wie auch immer. Wir können ihn aus dem Grund, wie ich das vorhin geschildert habe, nicht für erledigt erklären. Es ist nichts erledigt, Frau Vorsitzende, und deswegen appelliere ich auch an den Rat, diesem Geschäftsordnungsantrag jetzt nicht zu folgen.

Frau Müller

Herr Raue, das ist ja dann Sache des Rates darüber abzustimmen, insofern. So, Herr Heym, noch einmal zum Geschäftsordnungsantrag.

Herr Heym

Herr Eigendorf, lesen kann ich selbst. Im von Ihnen zitierten Punkt ist explizit ausgeführt „Fortführung der Tagesordnung wegen eingetretener Erledigung“. Die Erledigung ist, das haben wir ausgeführt, nicht eingetreten und eine entsprechende Diskussion gab es nicht, bei der diese Erledigung hätte eingetreten sein können. Das wäre nämlich dann der Fall, wenn die Verwaltung unserem Anliegen zugesagt hätte, dass sie das übernimmt und in unserem Sinne ausführen möchte. Der von Ihnen hier gewünschte Geschäftsordnungsantrag ist so überhaupt nicht zulässig aus unserer Sicht und ich hätte da gerne eine Stellungnahme von Herrn Schreyer.

Frau Müller

Herr Schreyer bitteschön.

Herr Schreyer

Ich habe Ihnen eben eine Stellungnahme gegeben.

Frau Müller

Ich habe das, Herr Schreyer Entschuldigung, ich habe das jetzt tatsächlich akustisch nicht verstanden. Können Sie das bitte nochmal?

Herr Schreyer

Ich habe meinen Äußerungen nichts hinzuzufügen.

Frau Müller

Vielen Dank. Gut, ich glaube, wir machen es uns jetzt am einfachsten, wenn wir diesen Geschäftsordnungsantrag jetzt einfach abstimmen. So, ich frage jetzt. Wer stimmt diesem Geschäftsordnungsantrag zu? Den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltungen. Das ist bei einigen Gegenstimmen, wenigen Enthaltungen und vielen Ja-Stimmen ist dem Geschäftsordnungsantrag zugestimmt. Damit ist der Antrag 9.6 für erledigt erklärt. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? Herr Nette, bitte.

Herr Nette

Also, Sie haben meine Rede zum Geschäftsordnungsantrag, meine Meldung haben Sie übergangen, erster Punkt. Zweiter Punkt: Von der Tagesordnung sind nur Anträge zu nehmen, wenn der Einbringer dem zustimmt. Was wir hier gemacht haben, ist nicht zulässig.

Frau Müller

Herr Nette, noch einmal zur Erklärung. Es gibt einen Unterschied zwischen einen Antrag für erledigt zu erklären und den sozusagen abzusetzen. Absetzen kann man tatsächlich nur, wenn der Antragsteller zustimmt. Bei einer für erledigt Erklärung ist das nicht so und wir haben diesen Punkt jetzt durchgebracht und dabei bleibt es jetzt. Ich habe noch vergessen, dass wir im Übrigen auf die Tagesordnung noch zwei Dringlichkeiten zu setzen haben. Ich mache das jetzt erstmal. Herr Raue, wir sind immer noch bei der Tagesordnung. Wir haben zwei Dringlichkeiten. Das ist zum einen der Bebauungsplan 145.2 Wohnbebauung Weißbuchenweg Beschluss zur öffentlichen Auslegung. Herr Raue und Herr Heym, würden Sie bitte die Gespräche einstellen? Gibt es... Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, meine Damen und Herren, es kommt deswegen heute nochmal als Dringlichkeit. Wir wären ursprünglich im November soweit gewesen, der B-Plan war im Planungsausschuss vorberaten, hat eine Mehrheit gefunden und das lag jetzt einfach an ausgefallenen Sitzungen, abgebrochenen Sitzungen. Und ich bitte Sie einfach, der Dringlichkeit zuzustimmen, damit wir in der Verwaltung auch weiterarbeiten können. Es gibt jetzt keinen sachlichen Grund und uns behindert das einfach in der Arbeit, dass wir weiterkommen. Ich habe heute sonst auch nichts weiter auf der Tagesordnung. Die anderen Sachen sind ja durch den abgebrochenen Planungsausschuss ebenfalls verschoben.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde es auch ganz gerne nochmal ergänzen. Viele Investoren, aber auch die, die dort investieren wollen in diesen Gebieten, die sitzen auf heißen Kohlen, weil sie nämlich hier auch finanzielle Lasten eingegangen sind. Jetzt haben wir seit mehreren Monaten das bereits verschoben und deshalb bitte ich dringend, und der Planungsausschuss hat zugestimmt, deshalb bitte ich dringend, dass das hier auf der Tagesordnung bleibt und dort auch der Investor unverzüglich beginnen kann, hier weitere Planungen vorzunehmen.

Frau Müller

Und Herr Feigl zur Dringlichkeit, bitte.

Herr Feigl

Ich würde ganz gerne wissen, warum es nicht regulär auf die Tagesordnung draufgebracht wurde.

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Es war, Herr Feigl, regulär auf der Tagesordnung des letzten Stadtrates, letzte Woche Mittwoch. Ich glaube, wir haben heute den dritten Stadtrat in diesem Monat und wir sind just an diesem Punkt zum Stehen gekommen und dann in den nicht öffentlichen Teil gesprungen. Und demzufolge war zwischen letzte Woche Mittwoch und heute die Zeit nicht mehr, um das regulär auf die Tagesordnung zu bringen. Das geht jetzt nur noch mit einer Dringlichkeit, weil die 14-Tagesfrist einfach mathematisch nicht dazwischenliegt.

Frau Müller

Ich sehe keinen weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Dann lasse ich über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Wer stimmt der Dringlichkeit zu? Den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltungen. Bei einigen Stimmenthaltungen ist der Dringlichkeitsantrag, ist der Dringlichkeit zugestimmt und der Tagesordnungspunkt wird unter TOP 7.7 behandelt. Und dann haben wir noch die Dringlichkeit auf Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen. Gibt es hier Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer stimmt der Dringlichkeit zu? Die Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen. Bei keiner Gegenstimme und keiner Stimmenthaltung ist auch dieser Dringlichkeit zugestimmt. Die Behandlung erfolgt unter TOP 7.8. Gibt es jetzt weitere Anmerkungen zur Tagesordnung? Herr Raue.

Herr Raue

Und zwar geht es mir darum, absetzen von der Tagesordnung und erledigt erklären, das sind aus Ihrer Wahrnehmung zwei völlig unterschiedliche Sachen. Dass die antragstellende Fraktion, in diesem Fall die AfD, einer Absetzung zustimmen muss, das ist ein Minderheitenrecht. Wenn aber der Stadtrat das Minderheitenrecht aushebelt, oder das zulässig ist, dieses Minderheitenrecht auszuhebeln indem man einen Antrag von uns einfach als erledigt erklärt, dann sage ich Ihnen jetzt, wenn wir diesen Antrag hier heute nicht behandeln, wird die AfD-Fraktion jetzt geschlossen aufstehen und diesen Raum verlassen. Es ist in diesem Rat derzeit nicht möglich – hören Sie mir bitte zu und klatschen Sie jetzt keinen Beifall, das können Sie nachher machen. Es ist zurzeit nicht möglich, Themen hier in Halle sachlich zu behandeln, die Ihnen politisch nicht genehm sind, und das ist für mich auch kein demokratisches Verhalten. Sie werfen uns als AfD immer gerne vor, undemokratisch zu agieren. Aber genau das ist das, was Sie hier tun. Sie hebeln unsere Rechte aus mit Ihrer Mehrheit und das, bevor ein Antrag irgendwie diskutiert wurde und sich der gesamte Stadtrat ein Meinungsbild dazu machen konnte. Und das ist nicht in Ordnung und so können wir auch nicht weiter verfahren. Stellen Sie sich vor, Linkspartei oder Grüne, es würde Ihnen so widerfahren. Da würden Sie sich zurecht auch aufregen und ehrlich gesagt, ich würde Ihnen in diesem Falle auch zustimmen, denn ich würde mich auch für Ihr Minderheitenrecht einsetzen. Aber Sie nutzen einfach Ihre Mehrheiten hier aus, erbarmungslos aus, und diskreditieren die AfD-Fraktion und das finde ich erbärmlich und unerträglich.

Frau Müller

Herr Raue, lassen Sie mich dazu etwas anmerken. Geschäftsordnungsanträge gehören auch zur Demokratie dazu. Das sind die Regeln, die wir uns hier gegeben haben. Die Mehrheit des Rates hat das jetzt so beschlossen. Es sind im Übrigen tatsächlich schon alle Fraktionen in den Genuss gekommen, dass Anträge von ihnen für erledigt erklärt wurden. Das trifft nicht nur Sie, das trifft hier alle Fraktionen oder hat bereits alle Fraktionen getroffen. Das ist meine Anmerkung dazu. Das, was Sie jetzt hier gesagt haben, ist eine Unterstellung. Demokratie hat eben auch Spielregeln und dazu gehört es auch dann, im Zweifelsfall die Mehrheiten zu akzeptieren. Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Frau Vorsitzende, ich bitte jetzt nicht, meine Wortmeldung als Sympathiebeweis für die AfD zu werten, aber als einen Sympathiebeweis für demokratische Regeln. Und ich muss einfach sagen, Demokratie lebt auch von Minderheitenrechten und ich verstehe nicht, wie man eine Erledigterklärung per Mehrheitsentscheidung als Geschäftsordnungsantrag vor Eintritt in eine Tagesordnung feststellen kann. Ehrlich gesagt, ich kann die Argumentation von Herrn Raue verstehen. Wie gesagt, es geht mir nicht um die Fraktion und ihre politischen Zielrichtungen, sondern es geht mir schlicht und ergreifend darum, dass es hier fair zugeht.

Frau Müller

Ja, Herr Oberbürgermeister, Sie können gleich. Ich möchte jetzt aber auch nur nochmal darauf hinweisen, dass ich hier nicht diese Entscheidung so getroffen habe. Ich bin hier lediglich diejenige, die hier moderieren muss und die Anträge behandeln muss, so wie sie kommen und ich habe sie zur Abstimmung gestellt. Ich denke, das ist das demokratischste, was ich hier vorne machen konnte. Das will ich an der Stelle auch mal feststellen. Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich möchte das, was Herr Bergner gesagt hat, unterstreichen. Unabhängig einer politischen Ausrichtung sind die Minderheitenrechte zu wahren. Und diese Minderheitenrechte, wenn wir als Verwaltung sagen, wir haben das schon gemacht, dann ist das unsere Meinung, unsere Stellungnahme für diesen Antrag. Aber der Antrag kann dann nicht mit einer Geschäftsordnung heruntergeworfen werden. Das ist ein, aus meiner Sicht ebenfalls ein klarer Verstoß auch gegen die Kommunalverfassung, die hier darübersteht und das Minderheitenrecht auch schützt. Und diese Diskussion, die muss man eben auch durchführen, unabhängig ob man diese Meinung vertritt oder nicht. Deshalb möchte ich hier dafür auch nochmal werben. Das wäre auch aus meiner Sicht nicht klug, so zu verfahren. Wir sind in der Verwaltung davon ausgegangen, dass der Punkt erledigt ist. Das kann man vertreten. Da kann man sagen, es ist nicht erledigt oder man sagt, es ist erledigt. Das ist der Vorschlag, den wir hier haben. Aber der Antragsteller muss das Recht haben, hier seine Minderheit und auch seine Meinung im Antrag auch deutlich zu machen.

Frau Müller

Herr Dr. Wend. Ja, es ist hier gerade wirklich ein bisschen das Problem. Wir reden hier nach wie vor zur Tagesordnung. Die haben wir immer noch nicht beschlossen. Und ich möchte jetzt diese Diskussion hier auch an der Stelle nicht so ausufern lassen. Wir haben jetzt eindringliche Worte gehört. Ich werde jetzt Folgendes tun. Ich werde diesen Geschäftsordnungsantrag jetzt nochmal zur Abstimmung stellen.

(Zwischenrufe)

Herr Dr. Wend

Darf ich sprechen?

Frau Müller

Frau Dr. Brock hat noch einen Geschäftsordnungsantrag.

Frau Dr. Brock

Auf Abbruch der Debatte.

Herr Dr. Wend

Nein. Nein, das hat doch jetzt keinen Sinn. Darf ich noch meinen Wortbeitrag liefern?

(Zwischenrufe)

Frau Dr. Brock

Ich kann den auch begründen.

Frau Müller

Stopp, stopp. Leute, es reicht jetzt hin. Wir haben jetzt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte. Herr Bönisch dazu.

Frau Dr. Brock

Kann ich ihn vielleicht erst begründen?

Frau Müller

Bitte, Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Wir befinden uns im Moment bei der Tagesordnung. Die Wortmeldungen der letzten wenigen, die hier gesprochen haben, bezogen sich nicht auf die Tagesordnung. Insofern haben wir keinen weiteren Diskussionsbedarf dazu.

Herr Bönisch

Jetzt ich, ja?

Frau Müller

Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Also, es ist Fakt: Auf dem Entwurf der Tagesordnung stand dieser Antrag. Verfahren wir so, wie Sie jetzt vorgeschlagen haben, ist der Antrag runter. Damit zieht der Grundsatz aus der Geschäftsordnung, dass das nur geht, wenn die betroffene Fraktion, der Einbringer einverstanden ist. Der Antrag ist natürlich zulässig, aber Herr Eigendorf hat die Geschäftsordnung nicht so ganz durchschaut scheinbar. Der wäre zulässig gewesen innerhalb der Diskussion der bestätigten Tagesordnung und nicht vorne weg. Und insofern würden wir einen Fehler machen, wenn wir so verfahren. Ich bitte Sie einfach, die Diskussion wirklich abzubrechen und diesen Erledigungsantrag, den Herr Eigendorf gestellt hat, bitte ich, Herrn Eigendorf zurückzuziehen, und Sie, die Abstimmung für nichtig zu erklären.

Frau Müller

Herr Eigendorf. Herr Eigendorf, hören Sie mir bitte zu? Doch. Ich bitte Sie jetzt tatsächlich an dieser Stelle auch darum, das so zu tun. Der Antrag bleibt damit auf der Tagesordnung und dann haben alle an der Stelle auch die Möglichkeit, darüber abzustimmen und gut ist. Ich möchte diese Diskussion an der Stelle jetzt beendet haben und bitte Sie, diesen Geschäftsordnungsantrag zurückzuziehen.

Herr Eigendorf

Frau Vorsitzende, ich glaube, die Stellungnahme der Stadtverwaltung zu dem Thema ist ganz eindeutig. Wir sehen aber kein Problem darin, diesen Geschäftsordnungsantrag auch nochmal bei der inhaltlichen Diskussion zu stellen und deswegen stelle ich an dieser Stelle den Geschäftsordnungsantrag für die Behandlung des Tagesordnungspunktes zurück.

Frau Müller

Vielen Dank. Damit bleibt der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung, die AfD im Saal, nehme ich an und dann können wir... Kann ich nochmal fragen, ob es weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt. Das sehe ich nicht. Dann stimmen wir jetzt...

Frau Dr. Brock

Dann müssen wir über meinen Geschäftsordnungsantrag erst abstimmen.

Frau Müller

Frau Brock, ich glaube, Ihr Geschäftsordnungsantrag hat sich erledigt, weil die Diskussion hat sich auch gerade erledigt. Ich bitte jetzt wirklich mal, dass sich hier alle mal zusammenreißen. Es kann doch wohl echt nicht wahr sein, Leute, ehrlich. Aber jetzt in alle Richtungen. So, und Herr Nette, wenn Sie mich noch einmal von hinten so anbrüllen, dann kriegen Sie einen Ordnungsruf. Das sage ich Ihnen hier auch ganz klar. Sie haben die Möglichkeit, sich zu melden. Wenn das hier jeder tut, dann kommen wir hier auch ins Tohuwabohu rein. Bitteschön.

Herr Nette

Frau Müller, ich habe nur Sie lauter angesprochen, weil Sie mich übersehen haben. Dafür möchte ich mich entschuldigen, wenn Sie es als Anbrüllen bewertet haben. Die Frage ist jetzt, was ist mit den Tagesordnungspunkten, die aus der letzten Stadtratssitzung übriggeblieben sind. Wann werden die behandelt?

Frau Müller

Herr Nette, auch dazu erkläre ich Ihnen nochmal: Als die letzte Stadtratssitzung nicht vollständig geschafft wurde, war die Einladung für die heutige Sitzung schon ordnungsgemäß raus gewesen. Das heißt, alles was letztes Mal nicht geschafft wurde, geht automatisch auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung und das war auch nie anders gewesen und war schon immer so und wird auch in Zukunft immer so sein. So, jetzt nochmal die Frage: Haben wir noch Anmerkungen zur Tagesordnung? Die haben wir nicht. Dann frage ich, wer der so geänderten und viel diskutierten Tagesordnung zustimmt. Den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen. Bei einer Stimmenthaltung einstimmig zugestimmt. Herzlichen Dank dafür.
Frau Mark, bitte.

– Ende des Wortprotokolls –

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten vom 17.02.2021
Vorlage: VII/2021/02317
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen

- 7.1. Verlängerung der geschlossenen Konzessionsverträge mit den Leistungserbringern im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VII/2021/02163
- 7.2. Teilnahme von zwei Stadträtinnen und Stadträten an der 41. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 29. Juni bis 01. Juli 2021 in Erfurt
Vorlage: VII/2021/02278
- 7.3. Bebauungsplan Nr. 196 Wohnbebauung am Reideanger - Beschluss zur Änderung des Geltungsbereiches und zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2020/01866 **vertagt**
- 7.4. Bebauungsplan Nr. 207 Neustadt, Wohnen am Nietlebener Park - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2020/01889 **vertagt**
- 7.4.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bebauungsplan Nr. 207 Neustadt, Wohnen am Nietlebener Park - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2021/02285 **vertagt**
- 7.5. Aufstellung der Bronzeplastik **C h r i s t i a n W o l f f** von Professor Bernd Göbel
Vorlage: VII/2020/02058
- 7.6. 3. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale)
- 3. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung -
Vorlage: VII/2020/02012
- 7.7. Bebauungsplan Nr. 145.2 Wohnbebauung Weißbuchenweg - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2020/01529
- 7.8. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2020/02095
- 8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, MitBürger & Die Partei und SPD zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz
Vorlage: VII/2019/00401
- 8.1.1. Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zu Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz (VII/2019/00401)
Vorlage: VII/2020/01934
- 8.1.2. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz
Vorlage: VII/2020/01926

- 8.1.3. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz
Vorlage: VII/2020/02030
- 8.1.4. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz; VII/2019/00401
Vorlage: VII/2021/02234
- 8.2. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU für einen Masterplan "Saubere Saale"
Vorlage: VII/2020/01827 **vertagt**
- 8.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung des IT-Konzeptes für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02165
- 8.4. Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zum digitalen Einlassmanagement
Vorlage: VII/2020/01948
- 8.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Diemitz
Vorlage: VII/2020/02034
- 8.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung einer Systemsoftware laut IT-Konzept für Schulen
Vorlage: VII/2021/02150
- 8.7. Antrag der Stadträtin Beate Gellert zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten
Vorlage: VII/2020/01826
- 8.7.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Stadträtin Beate Gellert zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten; VII/2020/01826
Vorlage: VII/2020/02083
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Konzepterstellung für eine Beleuchtung der Hafensbahntrasse
Vorlage: VII/2021/02242
- 9.1.1. Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Antrag der CDU-Fraktion zur Konzepterstellung für eine Beleuchtung der Hafensbahntrasse (VII/2021/02242)
Vorlage: VII/2021/02332
- 9.1.2. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der CDU-Fraktion zur Konzepterstellung für eine Beleuchtung der Hafensbahntrasse (VII/2021/02242)
Vorlage: VII/2021/02333
- 9.2. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Realisierung eines Radweges zwischen Halle und dem nördlichen Saalekreis
Vorlage: VII/2021/02243

- 9.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einbeziehung des Betriebsausschusses des Eigenbetrieb Kindertagesstätten in die konkreten Planungen bei Neubauvorhaben und Sanierungen
Vorlage: VII/2021/02248
- 9.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Photovoltaik-Anlagen im Pachtmodell
Vorlage: VII/2021/02249
- 9.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Mittagsversorgung über das Bildungs- und Teilhabepaket während der Schließzeit von Einrichtungen innerhalb der Corona-Pandemie
Vorlage: VII/2021/02263
- 9.6. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/02107
- 9.7. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben
Vorlage: VII/2021/02262
- 9.8. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Hubschrauber-Landeplatz in Halle-Lettin
Vorlage: VII/2021/02256
- 9.9. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung eines Projektes „Fahrradfreundliches Rathaus“
Vorlage: VII/2021/02270
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten **abgesetzt**
- 10.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Kostenübernahme von Krankenleistungen
Vorlage: VII/2021/02238 **abgesetzt**
- 10.2. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Installation einer Bedarfsampel
Vorlage: VII/2021/02240 **abgesetzt**
- 10.3. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Zulässigkeit von Nutzungen im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: VII/2021/02241 **vertagt**
- 10.4. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumpflanzungen
Vorlage: VII/2021/02134 **abgesetzt**
- 10.5. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ankauf und Verkauf von Gebäuden/Grundstücken
Vorlage: VII/2021/02135 **abgesetzt**
- 10.6. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen gegen den Befall mit Schwammspinnern in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02250 **abgesetzt**

- 10.7. Anfrage der Stadträtin Dr. Inés Brock zu Unterstützungsleistungen für Familien mit Pflegekindern während der Corona-Pandemie
Vorlage: VII/2021/02265 **abgesetzt**
- 10.8. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu einem Öffnungskonzept für die Zeit nach dem Corona-Lockdown
Vorlage: VII/2021/02258 **abgesetzt**
- 10.9. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Schutzkonzepten in Alten- und Pflegeeinrichtungen
Vorlage: VII/2021/02259 **abgesetzt**
- 10.10. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Bewirtschaftung der Dölauer Heide
Vorlage: VII/2021/02260 **abgesetzt**
- 10.11. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Kontaktnachverfolgung im Rahmen der Corona-Pandemie
Vorlage: VII/2021/02261 **abgesetzt**
- 10.12. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Lernbedingungen während des Lockdowns
Vorlage: VII/2021/02267 **abgesetzt**
- 10.13. Anfrage der Fraktionen SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Hauptsache Halle und Freie Demokraten zur Sanierung des Stadtbades
Vorlage: VII/2021/02239 **abgesetzt**
- 10.14. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Fahrradstellplätzen in Kitas und Schulen
Vorlage: VII/2021/02264 **vertagt**
- 10.15. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in Halle-Silberhöhe durch den Verfügungsfonds „Aktive Silberhöhe“
Vorlage: VII/2021/02266 **abgesetzt**
- 10.16. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in Halle-Neustadt durch den Verfügungsfonds „Aktives Neustadt“
Vorlage: VII/2021/02268 **abgesetzt**
- 10.17. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Flughafen Leipzig/Halle
Vorlage: VII/2021/02269 **abgesetzt**
- 10.18. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle zur Brunnengalerie in Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2021/02251 **abgesetzt**
- 10.19. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle zum Anwohnerticket
Vorlage: VII/2021/02252 **abgesetzt**
- 10.20. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle zur Sanierung des Stadtbades
Vorlage: VII/2021/02253 **abgesetzt**
- 10.21. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle zur Mansfelder Brücke
Vorlage: VII/2021/02254 **abgesetzt**

- | | | |
|--------|--|------------------|
| 10.22. | Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle zum Zustand der Dölauer Heide
Vorlage: VII/2021/02255 | abgesetzt |
| 11. | Mitteilungen | abgesetzt |
| 11.1. | Information zur Investitionsdarlehensaufnahme aus Kreditermächtigung 2019
Vorlage: VII/2021/02175 | abgesetzt |
| 11.2. | Mitteilung zum Antrag der SPD-Fraktion zur Einführung der Kastrationspflicht für
Freigängerkatzen | abgesetzt |
| 11.3. | Mitteilung FaktenCheck Bildung | abgesetzt |
| 11.4. | Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zur 15. Planänderung Start- und Landebahn
Süd mit Vorfeld des Flughafens Leipzig/Halle gemäß §§ 8 und 10 LuftVG i. V. m. § 73
Abs. 3a Satz 1 VwVfG | abgesetzt |
| 11.5. | Mitteilungen zu Impfanfragen | abgesetzt |
| 11.6. | Mitteilung zur aktuellen Corona-Situation in der Stadt Halle (Saale) | abgesetzt |
| 12. | mündliche Anfragen von Stadträten | |
| 13. | Anregungen | abgesetzt |
| 14. | Anträge auf Akteneinsicht | abgesetzt |

*– Auf Antrag des Oberbürgermeisters erfolgt zur folgenden Verlesung der persönlichen
Erklärung ein Wortprotokoll –*

Frau Mark

Ich möchte der Stadtratsvorsitzenden etwas reichen. Das ist eine persönliche Erklärung der Mitglieder der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, DIE LINKE, FDP, SPD und der Stadträte Thomas Wolter, Detlef Wend, Hans-Dieter Sondermann und der Stadträtin Dörte Jacobi und hier besteht die Bitte, die Stadtratsvorsitzende, diese persönliche Erklärung zu verlesen.

Frau Müller

Gut, ich verlese die Erklärung.

Aus Anlass der Einleitung eines Disziplinarverfahrens des Landesverwaltungsamtes und der Aufnahme von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Halle gegen den Oberbürgermeister unserer Stadt erklären die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, DIE LINKE, FDP, SPD und die Stadträte Tom Wolter, Detlef Wend, Hans-Dieter Sondermann und Dörte Jacobi:

Der Oberbürgermeister hat durch seinen nicht erkennbaren Aufklärungswillen sowie durch immer neue Ungereimtheiten und Widersprüche in seinen öffentlichen Statements gegenüber dem Stadtrat und den Medien entscheidend zur negativen Wahrnehmung der Stadt Halle bei der Bewältigung des halleschen Impfskandals beigetragen. Die oben genannten Fraktionen begrüßen deshalb das vom Landesverwaltungsamt gegen den Hauptverwaltungsbeamten der Stadt Halle (Saale) eingeleitete Disziplinarverfahren. Darüber hinaus regen die Fraktionen eine mit dem Disziplinarverfahren einhergehende Suspendierung nach § 38 des Disziplinargesetzes Sachsen-Anhalt an, um den

ordnungsgemäßen Betrieb der Verwaltung während der Dauer des Disziplinarverfahrens aufrecht zu erhalten, sowie die Ermittlungen des Landesverwaltungsamtes und der Staatsanwaltschaft nicht zu gefährden.

Gezeichnet die Fraktionsvorsitzenden der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, DIE LINKE, FDP und die vier Mitglieder der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI und SPD.

– Ende des Wortprotokolls –

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Es lag keine Niederschrift zur Bestätigung vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten vom 17.02.2021 Vorlage: VII/2021/02317

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 17.02.2021 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über folgende Themen:

- Kita Theodor-Weber-Straße ist bezogen
- Bestell- und Abholservice der Stadtbibliothek
- „Museumsnacht Halle & Leipzig“ erst 2022
- Fluthilfe: Sanierung an der Jahnhöhle
- Bewohnerparken in der Klostervorstadt
- Information zur Umsetzung der prioritären Investitionsvorhaben in der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Strukturwandelprozesses
- aktuelle Corona-Situation

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem Session hinterlegt.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

– Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der AfD-Stadtratsfraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll –

Frau Müller

Wir kommen damit zu Punkt sechs, das ist die Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters. So Moment, jetzt mal bitte alle die Arme oben lassen, ich fang jetzt dort an und gehe nach da. Pro Fraktion zwei Redebeiträge, maximal drei Minuten. Frau Ranft bitte.

Frau Ranft

Vielen Dank, ich habe eine Frage zum Campus Kastanienallee und dann noch eine Frage zum Thema Impfen. Herr Oberbürgermeister, Sie hatten gerade erwähnt, dass Campus Kastanienallee in der Planungsstufe null ist. Das stand jedenfalls an der Tafel. Das wundert mich ein bisschen, es gibt ja schon die Vorarbeiten aus Halle Neustadt 50. Warum ist denn jetzt der Planungsstand gleich null? Vielleicht können Sie das nochmal ausführen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

So dann gucke ich mal, Herr Rebenstorf bitte.

Frau Müller

Herr Rebenstorf bitte.

Herr Rebenstorf

Jetzt wäre ich fast zu schnell gewesen. Frau Ranft, wir haben doch bei der Planung die sogenannten Leistungsphasen, Leistungsphase eins bis neun. Leistungsphase eins ist Grundlagenermittlung, Leistungsphase null ist nicht Stand null. Wir fangen nicht bei null an, sondern Leistungsphase null, die es formal nicht gibt, ist Beschreibung der Aufgabenstellung. Also wie treten wir jetzt in einen Planungsprozess ein, es muss ich Beschreiben, damit ich einen Planer beauftragen kann. Das ist das, was wir umgangssprachlich als Leistungsphase null beschreiben und nicht, wir fangen nochmal bei null an.

Frau Ranft

Ok, wunderbar, vielen Dank. Dann, Herr Oberbürgermeister.

Ich war ja gestern auch zur Akteneinsicht. Ich hatte ja vermutet, dass ganz viele Akten zu sehen sind. Dann als ich die beiden Ordner sah, habe ich gedacht, dann hat die wahrscheinlich die Staatsanwaltschaft mitgenommen, die anderen Akten. Aber dem war wohl nicht so. Also uns wurden nur zwei kleine Ordner zur Verfügung gestellt. Der eine Ordner hat alles das enthalten, was uns schon als Mailverkehr vorliegt. Vor allem, sag ich mal, Mailverkehr zu der Sondersitzung Hauptausschuss, Sondersitzung Stadtrat und Ihre Briefe an die Sozialministerin. Und es gab ja verschiedenste Anträge zur Akteneinsicht und da wurde ja dezidiert, wurden ja da Sachverhalte beschrieben, zu denen wir Akteneinsicht haben wollten. Und auch, also wir wollten ja auch Akteneinsicht haben zwischen dem Mailverkehr vom OB Büro und den Impfteams. Weil wir ja immer noch davon ausgehen, also Sie sagen ja, es wurden zehn Stadträtinnen und Stadträte geimpft und stellen sozusagen uns alle, die noch nicht gesagt haben, dass sie geimpft sind, unter Generalverdacht. Wir sagen dem ist nicht so und wir hatten ja gedacht, dass wir mit der Akteneinsicht so ein bisschen Aufklärung hinbekommen. Auch mit dem Protokoll, was nachträglich geändert wurde. Da wollten wir auch genau wissen, wer hat was, wie, wann, warum geändert, wie ist der Mailverkehr dazu. Ansonsten sind ja solche Akteneinsichten auch sinnlos, wenn wir sozusagen, oder ich sag mal von meinem Gefühl war ja alles sozusagen sauber und eine Akteneinsicht dient ja auch dazu, dass wir Einblick haben in den Mailverkehr, der sonst nicht zur Verfügung steht und ich möchte Sie bitten, dass Sie uns uneingeschränkt auch zu allen Akten und zu allen Begebenheiten sozusagen Einblick ermöglichen, was wir beantragt haben.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Ranft, erstmal vielen Dank für, das, was Sie jetzt eingeführt haben. Als erstes muss ich sagen, ich habe nicht davon gesprochen, dass zehn geimpft wurden. Ich habe davon

gesprächen, dass zehn Personen Angebote dann mitgeteilt haben, dass sie geimpft werden wollen. Ob sie geimpft worden sind, das habe ich auch immer wieder gesagt, weiß ich nicht. Das zweite: Das was Sie erhalten haben, ist das was vorliegt. Es gibt keine Mails insoweit, dass gesagt wurde der und der hat sich gemeldet und das wurde weitergeleitet. Viele haben sich gemeldet im OB Büro und das wurde dann mündlich weitergegeben ans Impfzentrum. Da gibt es keinen Mailverkehr. Aber diese Frage glaube ich, hatten, oder wurde ja schon ausgeworfen und deshalb nehme ich an, wird ja auch die Staatsanwaltschaft dagewesen sein und wird jetzt den Mailverkehr und alles kumulieren. Es würde und es wurde, das möchte ich hier auch nochmal deutlich machen, eine Durchsuchung durchgeführt indem nicht nur das ob, sondern auch das wie sehr fraglich ist. Denn die Art und Weise, wie man mit den Mitarbeitern umgegangen ist, nämlich, dass man die Handtasche ausschütten musste, dass man beispielsweise, dass private Handy ausgelesen hat der Mitarbeiter, dass man oben auf die Lampen gegangen ist und geguckt hat, ob da irgendwas liegt, in einer Art und Weise, dass die Mitarbeiter natürlich starke Probleme haben. Ich kann Ihnen nur sagen, Sie haben alles, was von Relevanz was in einer Akte ist, auch vorliegen. Dafür steht das Büro. Das sind die Akten, die bei mir im Büro sind. Welche Akten darüber hinaus im Impfzentrum geführt werden oder ähnliches, das sind die Dinge, die auch hier in den Patientendaten erfolgen. Dieses ist alles gespiegelt und gehört ja zum Verfahren der Staatsanwaltschaft. Dazu kann ich keine Auskunft geben. Ich kann Ihnen die Auskunft geben oder die Unterlagen geben, die wir hier haben. Und die haben wir Ihnen vorgelegt und das ist auch alles, was wir haben, weil das ein Vorgang ist, der außerhalb des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters stattfindet. Denn alles, was an Impfdaten da ist, gehört zum Datenschutz und zum Patientenschutz und gehört nicht zu unseren Daten. Deshalb haben Sie vollständig alle Daten, die wir vorliegen haben oder die Korrespondenzen, die wir durchgeführt haben mit dem Gesundheitsbereich. Die haben Sie bekommen und ich hoffe auch, dass Sie sich die internen Vermerke – es gab ja einige interne Vermerke – dass Sie sich die auch angeguckt haben. Nämlich als berichtet wurde oder wie berichtet wurde, wie die Abläufe in den Impfzentren gewesen sind. Denn dazu gibt es einen internen Bericht, der vorliegt und deshalb bitte ich nochmals, auch alle anderen Personen, die diesen internen Bericht nicht kennen, von Frau Amtsärztin und von dem Leiter des Impfzentrums, sich diesen internen Vermerk auch persönlich anzusehen.

Frau Müller

Bevor ich jetzt den nächsten Redner drannehmen, aus aktuellem Anlass mal noch eine Bitte. Wir sitzen heute gerade mal eine Stunde und es ist bereits zum dritten Mal passiert, auch in der vergangenen Sitzung passiert es mehrfach. Es gibt an jedem Handy einen Lautlos-Knopf und ich möchte jetzt nochmal alle bitte, darüber nachzudenken, beziehungsweise nachzuschauen, ob Sie Ihre Handys lautlos gestellt haben. Danke, und Herr Hellmich ist dran.

Herr Helmich

Ich möchte nur eine kurze Anmerkung machen, weil mir das doch ein Stückweit aufgestoßen ist, die Situation mit Testimpfstoffen in einstelliger Zahl mit den Restdosen am Ende des Tages....

Frau Müller

Herr Helmich kleinen Moment mal bitte, Herr Nette würden sie bitte sich nicht nur hinsetzen, sondern auch ihre Maske aufsetzen. Das wäre sehr freundlich, danke. Bitte Herr Helmich

Herr Helmich

Der Oberbürgermeister hat den Vergleich zwischen der derzeit sehr schwierigen Situation rund um den Impfstoff Astra Zeneca in Zusammenhang gestellt mit den Einzelimpfdosen, die unter anderem im Januar und Anfang Februar in der Stadt Halle, am Nachmittag oder zum Ende der jeweiligen Impfzeit, vorhanden waren. Dieser Vergleich ist meiner Auffassung auch irreführend und nicht zulässig. Erstens weil der Impfstoff Astra Zeneca erst Ende Januar, am

29. zugelassen wurde und zweitens, weil er auch nur für die Altersgruppe unter 65 zugelassen ist. Diese Situation, die zweifelsohne misslich ist und problematisch ist, auch in der Kommunikation, die weit über die Stadt Halle hinausgeht, passt es eindeutig nicht zu den Zusammenhängen, die wir versuchen aufzuklären und die auch Teil der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sind. Das möchten wir an der Stelle mal angemerkt haben. Das ist ein ziemlich irreführender Vergleich, den ich nicht für passend halte.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Hellmich, da muss ich Sie enttäuschen. Da habe ich komplett eine andere Auffassung. Denn genau die Situation, ob das nun Astra Zeneca ist oder etwas Anderes. Wir haben eine gleiche Situation gehabt und das können Ihnen die Ärzte, und deshalb, ich glaube Sie waren ja auch bei der Akteneinsicht. Die haben das eindrucksvoll auch geschildert wie hier intern, welche Situation und welche Notsituation wir gehabt haben, um den Impfstoff zum Anfang auch loszuwerden. Wir hatten noch nicht mal eine Zuordnung, eine Impfung, eine Möglichkeit in den alten und Pflegeheimen, weil nämlich viele den Impfstoff zum damaligen Zeitpunkt abgelehnt haben. Und daher ist das genauso vergleichbar wie in der damaligen Situation. Das betone ich ausdrücklich, in der damaligen Situation, in der wir uns befunden haben.

Frau Müller

Herr Lange.

Herr Lange

Ich reagiere mal auf das Statement des Oberbürgermeisters, weil mich das doch ein Stück fassungslos macht. Auch erstmal auf die Gesundheitsministerin zu zeigen, ist schon erstmal wieder ein starkes Stück.

Seit Wochen ist unsere Stadt jetzt in der Debatte, auch mit dem, wie hier mit dem Impfstoff umgegangen wurde. Der Imageschaden für die Stadt ist da. Der ist auch nicht zu leugnen und es sprechen uns, als Stadträte, natürlich auch die Leute auf der Straße an, was das soll. Insbesondere ältere Leute, wie man sich hier ein System aufbauen konnte. Man muss ja auch sagen, wenn man sich jetzt anguckt, wie das bei einzelnen Stadträten zum Beispiel abgelaufen ist, wenn dort von sechs möglichen Dosen, fünf de facto verimpft werden, an Personen, die nicht Kategorie eins sind, dann hat man schon den Anschein und die Frage, wird da nicht vielleicht doch das eine oder andere zusätzliche Fläschchen aufgemacht worden sein. Auch das ist etwas, dem man nachgehen muss und eins bleibt Herr Oberbürgermeister. Sie haben sich ein System aufgebaut, dass es möglich gemacht hat, damit Sie geimpft werden konnten, aber möglichst nicht alleine dastehen. Und man muss ja mal feststellen, dass hier eine Wahrheit nach der anderen scheinbar ans Licht kommt. Sie hatten kein Interesse, dass hier irgendwie von Anfang an ordentlich transparent aufgeklärt wird. Sie haben zum Teil gelogen. Dann kommt raus, der Zufallsgenerator, das hatte da ja dann auch keine Rolle gespielt und so weiter und sofort. Ich gebe jedem recht, der sagt, alles ist besser als wegwerfen. Aber ich erinnere an die Sitzung hier im Stadtrat, wo Herr zur Nieden auf meine Frage, warum man hat dann nicht die Kategorie zwei in den Blick genommen hat, gesagt hat, ja Kategorie zwei darf ja noch gar nicht geimpft werden, also nehmen wir Kategorie drei auf die Liste. Das ist eine große Logik, die da dahintersteht. Und der Oberbürgermeister hat in dieser Sitzung gesagt, und wir haben das Wortprotokoll beantragt, dass der den Stadträtinnen und Stadträten einen Gefallen tun wollte. Und ganz ehrlich, das ist einer Position des Oberbürgermeisters, in der Situation, wo es um den Impfstoff knapp bestellt ist, absolut unwürdig. Ganz ehrlich, Herr Oberbürgermeister, dieses selbstgerechte Herangehen ist genau die Situation, weswegen wir hier gerade stehen und weswegen Halle in Verruf kommt und ich habe diese Selbstgerechtigkeit statt.

Frau Müller

Herr Lange, Ihre Redezeit. Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Lange deshalb habe ich Ihnen das alles nochmal aufgeschrieben und heute nochmal vorgelesen. Leider benutzen Sie das nicht.

Frau Müller

Herr Schied.

Herr Schied

Das meiste ist ja schon gesagt von meinen Vorrednern. Aber Ihre letzte Bemerkung zu den Ausführungen von Herrn Mertens zeigt wieder mal exemplarisch, dass Sie sich Ihre Wahrheit hier im Nachhinein zusammenbasteln. Und alles, was irgendwie dazu passen könnte, aber in dem Fall überhaupt nicht dazu passt, wird hier irgendwie miteinander vermengt und dann schießen Sie in alle Richtungen. Ich weiß nicht, ob Sie sich damit einen Gefallen tun.

Aber nochmal um auf diese Akteneinsicht zurückzukommen. Ich habe mir heute die Akten nämlich auch angesehen, das muss ich mal sagen, das war meines Erachtens ein Witz. Da kriegt man eine Sammlung von Zeitungsartikeln, eine Sammlung von Zeitungsartikeln, da bekommen wir den ganzen Schriftverkehr, alles was wir als Stadträte schon längst bekommen haben. Ihre Erklärung und den ganzen Krempel, den ich schon kenne, brauch ich mir in einer Akteneinsicht nicht nochmal anzugucken. Und ich muss mal sagen, es geht hier um Leben und Tod. Es sind Entscheidungen, die im Endeffekt im Einzelfall über Leben und Tod entscheiden. Und Sie erzählen uns hier, das Ganze wäre hier irgendwie nachvollziehbar und transparent. Das kann ich aus der Aktenlage überhaupt nicht erkennen, da ist nichts nachvollziehbar und transparent. Und wenn Sie das Schreiben von Frau Kröger und Herr, komme ich jetzt gerade nicht auf den Namen, Herr Schöppe, das ist ein Gedächtnisprotokoll, was jetzt im Nachhinein angefertigt wurde. Das ist das, was so nachvollziehbar transparent schon die ganze Zeit war. Da werden Dinge zurückdatiert, da werden Dinge im Nachhinein irgendwie aufgeschrieben und Sie erzählen uns, das ganze Verfahren war von vornherein irgendwie nachvollziehbar und transparent. Das ist ein Witz. Soviel, das war's dazu von mir.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Schied es ist alles vollständig in den Unterlagen und Sie sehen heute die Stellungnahme dann auch von Sonntag. Da empfehle ich doch nochmal draufzugucken.

Frau Müller

Herr Schied ganz kurz, Sie sind angesprochen. Bitte ganz kurz.

Herr Schied

Das ist wiederum eine Nichtantwort.

Frau Müller

Frau Jacobi.

Frau Jacobi

Danke. Ich möchte mal sagen, ja es ist ganz richtig, dass mit so einem raren Gut, das man da die Problematik erkennt und dass man damit ein Verfahren findet, wie damit umzugehen ist. Was hier anzuklagen ist, ist halt die Verfehlung in der Kommunikation, in der transparenten. Und deswegen frage ich nochmal zu Ihrer Stellungnahme, warum die angesprochene Auseinandersetzung mit den Fachgremien zu dieser Problematik, die Sie

sagen, schon vor Weihnachten passiert ist, ich in der Akteneinsicht aus dem Protokollen nicht so wahrnehmen konnte.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Doch, das ist erkennbar aus den Unterlagen, dass hier Expertenrat eingeholt wurde. Wenn nicht, lade ich Sie ein, können gerne bitte nochmal kommen, dann zeige ich Ihnen die Stelle.

Frau Müller

Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend

Herr Oberbürgermeister, Sie haben es schon gesagt, ich stehe im Feuer und halte es aus. Da habe ich die Frage, warum konnte dann der Hauptausschuss nicht stattfinden? Warum war es so schwierig, dann einen Termin für einen Sonderstadtrat zu finden? Und warum mussten Sie dann nach 120 Minuten, Hilfe ich muss mich für meine Gesundheit sorgen, den Saal verlassen, wenn sie das alles so aushalten? Das würde ich dann gerne mal wissen. Das ist eine Frage.

Und dann möchte ich nochmal festhalten, nochmals festhalten, dass an dem Zeitpunkt, wo Sie geimpft wurden, es jede Menge andere erreichbare zu impfende Menschen gab. Man kann sich natürlich Sonntagnachmittag um 16 Uhr in einen Kellerraum des Diakoniekrankenhauses stellen und laut rufen, dann hört das natürlich keiner. Ich weiß von Kollegen, die sich gemeldet hatten, die auf der Liste standen und ich muss auch nochmal ganz kritisch sehen, die Sie umgebenden Kollegen offensichtlich sind die schlecht vernetzt. Es gab jede Menge ambulant Tätige, MFAs und Ärzte und auch natürlich noch jede Menge Leute aus der Gruppe eins. Sie lügen wiederholt, wenn Sie sagen, es war niemand erreichbar. Das stimmt nicht. Selbst mich hätten Sie erreichen können und meine Mitarbeiter. Das will ich nochmal festhalten.

Und dann drittens, und bitte hören Sie auf. Lassen Sie das nochmal, hier Lügen zu wiederholen. Sie haben uns schon angelogen. Der Lügner sind Sie in dieser Debatte, nicht wir. Auch der Stadtrat muss kritisch in sich gehen, weil auch hier mancher sich hat korrumpieren lassen. Das ist so. Das ist für uns alle schwierig, aber gelogen hat hier keiner. Sondern die Leute haben ja zu dem gestanden und haben sich entschuldigt. Entschuldigen tun Sie sich ja nie. Und jetzt möchte ich nochmal Folgendes sagen: Es gab keine ausführliche, fachliche Diskussion in diesem Stab. Das wissen Sie. Auch hier versuchen Sie wieder, durch nachträgliches Erklären Dinge herbei zu beten, die es gar nicht gegeben hat. Wie der Zufallsgenerator oder viele andere Sachen. Ich werbe für einen Abwahantrag. Sie sind für diese Stadt nicht tragbar, Herr Oberbürgermeister. Wann treten Sie zurück? Wir schämen uns alle für Sie.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Tja, Herr Wend, da muss ich Sie enttäuschen. Ich werde nicht zurücktreten, weil kein Verschulden vorliegt. Und wenn Sie die Unterlagen sich angesehen hätten, dann sehen Sie die Stellungnahme der Kollegen, die das erklären können. Und deshalb wird ja das Verfahren wohl auch geführt. Deshalb ist es ja auch angeregt an das Landesverwaltungsamt. Deshalb läuft ein Disziplinarverfahren. Deshalb war möglicherweise die Staatsanwaltschaft da und hat sich die Unterlagen alle beschlagnahmt und dann wird man sehen, ob Ihre Anmerkungen, die Sie eben gemacht haben, so zutreffend ist.

Ich würde mal ganz gerne was zum Hauptausschuss sagen und da würde ich ganz gerne Herren Paulsen das Wort geben, weil Sie auch hier nicht korrekt sind in der Darstellung.

Frau Müller

Herr Paulsen.

Herr Paulsen

Die Frage der Hauptausschusssitzung betrifft ja sozusagen zwei. Wir haben ein Termin nicht stattfinden lassen können, weil die Stadtratssitzung im Januar geplatzt ist. Da erinnern Sie sich genau. Das andere Thema ist die Frage der Rechtmäßigkeit der Einberufung einer Sitzung. Auch dazu wurden Sie informiert. Abgesehen davon, dass es zur Organisation einer Sitzung einen gewissen Vorlauf braucht. Und aus diesen Gründen war es nicht möglich, dass was hier sozusagen widerrechtlich begehrt wurde, auch durchzuführen.

Herr Dr. Wend

Ich bin direkt angesprochen worden.

Frau Müller

Herr Dr. Wend, es darf eigentlich pro Fraktion nur zwei Mal jemand reden. Sie haben jetzt geredet und Frau Jacobi hat auch schon geredet. Antworten Sie jetzt bitte noch ganz kurz auf die direkte Ansprache. Aber bitte keinen Redebeitrag mehr halten, weil das dürfen Sie eigentlich nicht mehr.

Herr Dr. Wend

Na gut, dann behalte ich das mal für mich und halte das aus. Enttäuscht bin ich übrigens öfters vom OB.

Frau Müller

Frau Dr. Schöps hat einen Geschäftsordnungsantrag.

Frau Dr. Schöps

Ja, ich möchte bitte ganz kurz die Möglichkeit nutzen, eine ganz kurze persönliche Erklärung abzugeben.

Frau Müller

Nein, Frau Dr. Schöps. Das können Sie machen, aber nicht als Geschäftsordnungsantrag. Das funktioniert jetzt nicht.

Frau Dr. Schöps

Ich dachte, das wäre immer ein Geschäftsordnungsantrag, persönliche Erklärung. Dann tut es mir leid. Ich wollte nur eine Richtigstellung zu den Äußerungen meines Fraktionskollegen Herr Wend, weil mich das betrifft, nur deshalb.

Frau Müller

Wir haben jetzt wirklich auch das Problem: Es dürfen pro Fraktion nur zweimal. Sie können Ihre persönliche Erklärung noch bringen. Ich würde nur gerne auch erstmal hier in der Form weitergehen und Herr Raue ist dran.

Herr Raue

Ja, ich habe erstmal noch eine Frage zum täglichen Corona Bericht oder zum regelmäßigen Corona Bericht, ob man den gegebenenfalls auch präzisieren könnte. Denn da werden immer die Patienten aufgezählt, die intensivmedizinisch behandelt sind und die auch im Krankenhaus behandelt sind. Aber aus eigener Erfahrung weiß ich jetzt, dass in meinem Krankenhauszimmer insgesamt drei Patienten lagen, von denen eigentlich nur einer, wenn

überhaupt, auf Corona behandelt wurde. Ich würde sogar sagen, alle drei Patienten waren, die hatten alle andere Erkrankungen. In der Regel waren es irgendwelche Gliedmaßen, die da an den rumgeschraubt wurde oder neue Hüftgelenke und dergleichen. Die wurden aber nicht behandelt auf Corona und deswegen meine Frage jetzt: Kann man das vielleicht auch noch präzisieren diesen Bericht, ob die Person da auch wirklich auf Corona behandelt waren und die dritte dann Gruppe vielleicht Personen auf der Coronastation sozusagen im Krankenhaus dann in Quarantäne gewesen sind, ja, also die sozusagen separiert sind? Das ist ja schon auch wichtig für die Bürger, wenn die diesen Unterschied kennen würden. Und dann wollte ich also, das war eine Anregung oder eine Bitte, wenn das möglich ist. Und dann habe ich noch was Zweites.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also wir kriegen die statistischen Angaben jeden Tag geliefert. Das, was Sie eben angesprochen haben, diesen einen Punkt, was auf der Corona Station behandelt, wird auch nochmal ergänzt werden und von daher können wir das natürlich zusätzlich Abfragen. Aber ansonsten kriegen wir das, was wir Ihnen dann statistisch dann am Tag immer herausgeben, kriegen wir immer so angeliefert aus allen Krankenhäusern. Wir würden das in die Krankenhausdiskussion mit den ärztlichen Direktoren mitnehmen und werden diesen einen Punkt, den Sie eben angeregt haben, nochmal nachfragen.

Frau Müller

Herr Raue, ich hatte Ihre Zeit angehalten. Sie haben jetzt noch eine Minute dreißig.

Herr Raue

Genau, das reicht mir. Nochmal zu Herrn Lange, weil Herr Lange ja ständig davon spricht, dass auf der einen Seite der OB den Stadträten ein Gefallen tun wollte. Das habe ich so auch gehört. Aber die Stadträte hätten ja diesen Gefallen auch gerne ablehnen können und das hätten sie aus meiner Sicht natürlich auch tun müssen. Haben sie aber nicht und die AfD-Fraktion hat deswegen auch öffentlich die Stadträte aufgefordert, zurückzutreten. Bisher ist noch niemand zurückgetreten. Auch Ihr Fraktionsvorsitzender, der ist noch nicht zurückgetreten. Der ist noch in Amt und Würden und führt jetzt auch sozusagen hier den Hauptangreifer und gibt sich selbst in dieser Situation auch als Kronzeugen. Und deswegen frage ich mal an dieser Stelle den Herrn Dr. Meerheim: Herr Dr. Meerheim, wann treten Sie zurück und geben Ihr Stadtratsmandat zurück?

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim, wollen Sie darauf antworten? Sie müssen darauf nicht antworten. Sie wollen darauf nicht antworten. Herr Raue damit müssen Sie dann auch leben und damit ist Frau Burkert dran. Ich habe Herrn Bönisch erfasst. Immer ruhig bleiben. Bönisch steht drauf. Frau Burkert bitte.

Frau Burkert

Vielen Dank. Ich habe eine Frage zum Bericht des Oberbürgermeisters und zwar geht es mir um die Kita Am Breiten Pfuhl. Da sind Sanierungsarbeiten geplant und am Samstag ist Anwohnern aufgefallen, dass 17 alte Bäume dort gefällt wurden. Hier die Frage: Das hat Fassungslosigkeit in der Bevölkerung ausgelöst. Wie kam es dazu? Waren die Bäume morsch? Waren die Bäume alt oder mussten die fallen, weil saniert wird?

Frau Müller

Herr Rebenstorf bitte.

Herr Rebenstorf

Dem Fragen gestellt, Frau Dr. Burkert. Das ist ein Bauvorhaben, wo in den entsprechenden Ausschüssen berichtet worden ist, wie die Planung auszusehen hat. Es ist im Ordnungs- und Umweltausschuss, in der Baumfällliste ebenfalls, diese Bäume aufgeführt worden. Und die Gründe, die am Ende zur Fällung führen, haben Sie im Grunde genommen schon beschrieben. Ein Teil war zustandsbedingt gewesen und ein Teil hängt einfach mit der Baumaßnahme zusammen. Also die Öffentlichkeit war in diesem Falle ausreichend informiert gewesen und Sie als Stadträtinnen und Stadträte erst recht.

Frau Müller

Herr Bönisch, jetzt sind Sie dran. Und nur nochmal: Nehmen Sie es mir bitte nicht für übel. Sie sitzen für mich wirklich total verdeckt. Also, wenn Sie sich melden, wirklich richtig mit der gelben Karte und richtig Arm hoch. Sonst sehe ich das leider wirklich nicht. Das ist nicht böse gemeint.

Herr Bönisch

Ich mach das meistens richtig. Vielleicht können Sie Herrn Wolter einen kleineren Stuhl besorgen, dann können Sie mich sehen. Ich habe zwei Fragen. Zuerst Herr Dr. Wiegand, auf der statistischen Seite. Also die Seite der Stadt Halle sind ja gute Angaben zum Impfverlauf. Aber mir fehlt eine Angabe, nämlich die, ich hoffe, dass Sie das uns noch nachliefern können, wie viele Personen in der Stadt Halle gehören dieser Risikogruppe eins an und wie viele davon sind schon geimpft und welche Perspektiven gibt es dafür, die vollständig zu impfen? Das wäre für mich eine sehr wichtige Zahl. Denn das sind ja die Gruppen, die todesgefährdet sind und aus meiner Sicht die interessanteste Gruppe und dazu ist keine einzige Angabe in der statistischen Übersicht auf der Seite jetzt gemacht worden. Wenn Sie wollen, können Sie dazu erstmal was sagen. Dann habe ich noch eine zweite Frage.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bönisch, würden wir nachliefern. Wir hatten das mal aufgelistet, irgendeinen Tag, das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr genau sagen. Wir ziehen das wieder nach oben, dass Sie die Daten dann morgen haben.

Herr Bönisch

Ja danke. Das wäre nett. Man kann dann ja auch den Verlauf sehen, also wieviel von denen aus der Risikogruppe eins sind dann geimpft.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, auch den Impffortschritt.

Herr Bönisch

Danke. Und die zweite Frage, Sie haben vorhin gesagt...

Frau Müller

Herr Lange und Herr Meerheim, würden Sie bitte die Gespräche einstellen? Danke. Bitte Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Sie haben vorhin zum Thema Akteneinsicht gesagt, dass die Akten, die im Gesundheitsamt geführt werden, medizinische Akten sind und dem Datenschutz unterliegen und wir könnten sie deshalb nicht einsehen. Meine Frage ist: Wieso kennen Sie dann die Daten? Sie sind doch auch nicht Mediziner und im Gesundheitsamt ursprünglich beschäftigt.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Da haben Sie recht. Ich kenne die Daten auch nicht.

Herr Bönisch

Ach, das ist ja sehr interessant. Vielen Dank.

Frau Müller

Frau Mark.

Frau Mark

Ich hebe es mir auf für die mündlichen Anfragen. Ich ziehe erstmal zurück.

Frau Müller

Herr Wels.

Herr Wels

Ja meine Damen und Herren...

Frau Müller

Herr Wels, stopp mal noch. So, die Herren Wolter und Scholtyssek. Verdammt noch mal, ich habe das schon so oft erklärt. Ich weiß, dass es hier Gesprächsbedarf gibt. Das ist auch an sich kein Problem, sich während der Sitzung mal zu unterhalten. Es ist dennoch wirklich so, dass Sie den Mundschutz, das Gebrabbel ungleich lauter ist, als dass normalerweise der Fall ist und es ist ungemein störend. Und das kommt hier aus allen Richtungen und ich möchte bitte nochmal darum bitten es einfach zu unterlassen, vor die Tür zu gehen zum Reden oder es leiser zu versuchen, danke. Herr Wels bitte.

Herr Wels

Ja, meine Damen und Herren, wir als Fraktion sehen auch in der ganzen Problematik, dass die Kommunikation von Seiten des OBs und des Stabes definitiv nicht gut gelaufen ist. Früher transparenter, da würden einige Probleme jetzt an der Stelle auch nicht auftauchen. Wir finden es positiv, dass müssen wir auch mal hervorheben, dass man sehr frühzeitig Kriterien entwickelt hat, um wirklich am Ende nichts wegzuschmeißen. Das ist ja auch an der Stelle das, was der Herr Spahn hier auch proklamiert. Aber wir diskutieren hier die ganze Zeit, immer und immer wieder und wir müssen auch dazu kommen, die anderen Themen zu bewältigen. Zumal jetzt die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft laufen und da kann man doch mal das Ergebnis diesbezüglich abwarten und danach kann im Prinzip das eine oder andere diesbezüglich auch noch kommen. Aber jetzt gibt es auch Themen und wie gesagt, die Ermittlungen laufen und das geht hier schon ewig und das muss ich ehrlich sagen, nervt. Weil wir uns an der Stelle, genau jetzt hier, im Kreise drehen. Vielen Dank!

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde ganz gerne noch mal auf die Daten zurückkommen, Herr Bönisch. Die Daten sind nicht greifbar, die sind nicht zulässig. Ich darf keine Daten haben, keinerlei Daten aus den Gesundheitsamt und das ist datenschutzrechtlich nicht zulässig. Und Frau Dr. Gröger verweigert auch Daten herauszugeben, weil sie es gar nicht darf.

Frau Müller

Herr Heym.

Herr Heym

Ja vielen Dank. Auch mir und uns ist die Diskussion über die Verwendung der Impfstoffreste nicht verborgen geblieben. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es jetzt in einem rechtsstaatlichen Verfahren geprüft wird. Ich habe das an anderer Stelle schon mal gesagt: Das ist die große Errungenschaft der friedlichen Revolution von 1989, dass Dinge nicht mehr im Standrecht interessengeprägt verfolgt werden, sondern ordentlich in einem rechtsstaatlichen Verfahren, die fair ablaufen sollten. Und jetzt bin ich an einem entscheidenden Kriterium. Wie hier teilweise Fraktionen und Stadträte diese Angelegenheiten zur Selbstdarstellung nutzen, hier Dinge in der Öffentlichkeit, ohne die Möglichkeit der Richtigstellung, weil das viel zu komplex ist, missbrauchen, das treibt mich schon ziemlich fassungslos an. Sie haben heute einen Antrag hier, der ist in der Zeitung gestanden. Ich habe davon nichts gewusst. Das stand ja noch nicht in der Tagesordnung. Da war der noch in keiner Mittelung, dass Sie heute einen gewissen Antrag im nicht öffentlichen Teil diskutieren wollen. Das scheint Ihnen nicht zu reichen. Deshalb haben Sie diese persönliche Erklärung verlesen. Das kommt in einer Art und Weise einer öffentlichen Vorverurteilung gleich, die aus meiner Sicht ein faires rechtsstaatliches Verfahren nicht befördert, sondern torpediert. Dagegen kann ich mich nur aus voller Überzeugung aussprechen. Und was mir noch missfällt: Ich habe als Arbeitgeber viele Jahre Mitarbeiter in ihren Leistungen auch beurteilen müssen. Eins habe ich nie getan: Mir einzelne Verfehlungen herauszupicken, die dann besonders über zu bewerten und alle positiven Aspekte unter den Tisch zu kehren. Und genau das passiert in meiner Wahrnehmung hier gerade. Dass eben eine Fairness, die eigentlich im zwischenmenschlichen Umgang immer als Grundlage des Verhaltes gelten sollte, die hier nicht mehr gegeben ist. Das kann ich nur verurteilen.

Frau Müller

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Vielen Dank. Ich wollte nochmal nachfragen, Herr Oberbürgermeister. Habe ich Sie richtig verstanden, dass wenn der Stadtrat oder Fraktionen Akteneinsicht beantragen, dass wir nie sicher sein können, ob wir die vollständigen Akten auch einsehen können? Es ging ja nicht um die Frage, ob die herausgegeben werden, sondern, ob wir die einsehen können. Das wäre meine erste Frage.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie können selbstverständlich alle Akten einsehen, die mir zur Verfügung stehen und die in meinem Büro sind und mit denen ich gearbeitet habe.

Frau Müller

Herr Streckenbach bitte.

Herr Streckenbach

Und noch eine zweite Frage: Haben Sie schon Gelegenheit gehabt, über mein Angebot vor zwei Wochen hier im Stadtrat mal nachzudenken und haben Sie da möglicherweise, sind Sie da möglicherweise etwas vorangekommen und können sich durchringen die ganze Sache in die Hände des Wählers zu legen?

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie können diese Anträge gerne, oder diese Gedanken gerne formulieren. Aber dafür, über diese Art, wie Sie es machen, dafür stehe ich nicht zur Verfügung, Herr Streckenbach. Ich arbeite sachlich mit Ihnen zusammen. Ich unterstütze Sie in Ihren Anliegen, auch im Orgacid-Gelände und bei Ihren Themen. Aber für die Angebote oder das, was Sie mir hier als Angebot präsentieren, für solche Dinge stehe ich nicht zur Verfügung.

Frau Müller

Herr Feigl, ich kann Sie leider nicht mehr drannehmen, weil pro Fraktion nur zweimal geredet werden darf in der Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters. Sie hatten bereits Ihre zwei Rednerinnen. Insofern ist die Aussprache des Oberbürgermeisters jetzt beendet und ich würde jetzt an der Stelle Frau Dr. Schöps noch den Raum für ihre persönliche Erklärung einräumen und dann gehen wir in die erste zwanzigminütige Pause.

– Ende des Wortprotokolls –

*– Auf Antrag des Oberbürgermeisters erfolgt zur folgenden persönlichen Erklärung
ein Wortprotokoll –*

Frau Dr. Schöps

Herzlichen Dank Frau Vorsitzende, es wird auch sehr kurz, aber ich möchte diese Möglichkeit wirklich nutzen, für eine, in meinem Sinne, Richtigstellung zu den Worten meines Fraktionskollegen Detlef Wend. Ich habe mich dadurch angesprochen gefühlt als eine der geimpften Stadträtinnen aus diesem Stadtrat.

Ich denke, das ist bekannt, und ich möchte das hier nochmal ganz kurz tun, weil ich davon ausgehe, dass eher wenige Stadtratskollegen unsere Livestream-Veranstaltung, die wir als Fraktion angeboten haben, verfolgt haben.

Herr Dr. Wend hat gesagt, es wurden ja auch Stadträtinnen korrumpiert und das ist der Grund für mein Bedürfnis der Richtigstellung. Ich möchte hier sagen, ich fühle mich nach wie vor nicht korrumpiert, nicht missbraucht, nicht über den Tisch gezogen, nicht irgendwie ausgetrickst. Ich möchte auch angeben, dass ich persönlich durchaus meine Verantwortung gesehen habe mich selbst entscheiden zu können und zu müssen zu diesem Angebot. Ich habe das eilig tun müssen, aber ich habe es nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Dazu stehe ich übrigens auch heute noch, dass ich alle Möglichkeiten genutzt habe, beim ersten Anruf, ob ich zur Verfügung stünde an diesem Tag für ein Einspeisen in den Zufallsgenerator. Das erfolgte am Nachmittag gegen zwei, wenn ich erreichbar bliebe an diesem Tag. Da habe ich nachgefragt, um Gottes willen, warum denn gerade ich, wie komme ich dazu. Es wurde mir dargelegt, wir haben ihre Erreichbarkeitsdaten und wir haben ihre Impfbereitschaft, ihre grundsätzliche, das war für mich schlüssig.

Ich bin an diesem Tag nicht geimpft worden, an einem späteren Tag, dann kurz vor halb 6 angerufen worden. Dieses Angebot habe ich dann wahrgenommen und ich war der festen Überzeugung, bin es heute noch, dank meiner Sorgfaltspflicht der Stadträte auch nachzukommen, dabei beizutragen, dass kein Impfstoff vernichtet werden muss. Deshalb habe ich mich auch bis heute nicht entschuldigt. Ich wollte das bitte nur persönlich erklären dürfen, als Korrektur zu dem was Herr Dr. Wend gesagt hat. Er hat es pauschal gesagt und meinte es sicher allgemein, aber ich fühle mich nicht korrupt, nicht korrumpiert. Es war mir wichtig, dass sagen zu dürfen. Danke.

Frau Müller

Gut, damit gegen wir jetzt in eine zwanzigminütige Pause. Wir treffen uns Punkt sechzehn Uhr wieder hier.

– Ende des Wortprotokolls –

Die Sitzung wurde für eine Pause unterbrochen.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Verlängerung der geschlossenen Konzessionsverträge mit den Leistungserbringern im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis** **Vorlage: VII/2021/02163**

Herr Krause sagte, dass eine Bindung an den TVÖD hätte erfolgen sollen, dieser nach vier Jahren aber immer noch nicht erreicht wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies Zielsetzung der nächsten zwei Jahre sein muss. Bei der nächsten Ausschreibung soll dies ein Muss sein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Der Stadtrat beschließt:

Unter Zugrundelegung des Stadtratsbeschlusses vom 25.05.2016, Vorlagen-Nr.: VI/2016/01658 und der tariflichen und sozialen Entwicklung der Leistungserbringer im Rettungsdienst als Arbeitgeber, werden die Konzessionsverträge im bodengebundenen Rettungsdienst um 2 Jahre verlängert. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die entsprechende Vertragsverlängerung gegenüber den Vertragspartnern zu erklären.

zu 7.2 **Teilnahme von zwei Stadträtinnen und Stadträten an der 41. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 29. Juni bis 01. Juli 2021 in Erfurt** **Vorlage: VII/2021/02278**

Frau Ranft schlug Frau Dr. Brock vor, um an der 41. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages teilzunehmen. Gleiches tat **Herr Krause** mit dem Personenvorschlag Frau Burkert.

Weitere Vorschläge oder Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung. Die Abstimmung erfolgte für jeden Vorschlag separat.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Vertretung der Stadt Halle (Saale) durch Frau Dr. Burkert und Frau Dr. Brock als stimmberechtigte Mitglieder bei der 41. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Erfurt.
2. Die Gewährung von Erstattungen von anfallenden Kosten nach § 7 der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger durch die Stadt Halle (Saale).
3. Sollte ein Verhinderungsfall eintreten, entscheidet die Vorsitzende des Stadtrates auf

Vorschlag der jeweiligen Fraktion über die Vertretung.

zu 7.5 Aufstellung der Bronzeplastik Christian Wolff von Professor Bernd Göbel
Vorlage: VII/2020/02058

Herr Lange bedankte sich bei den Initiatoren und den Spendegebern. Er freute sich über die Aufstellung.

Herr Heinrich sagte, dass die Heimlichkeit um die Plastik schade sei.

Herr Schöder sagte, sich das Kunstwerk bei Herrn Göbel angeschaut und sich darüber informiert zu haben. Er sprach sich für die Vorlage aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, die Plastik „Christian Wolff“ von Professor Bernd Göbel auf dem Platz Kleiner Berlin vor dem Christian-Wolff-Haus aufzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt, die Plastik „Christian Wolff“ von Professor Bernd Göbel als Schenkung der Initiativgruppe e.V. anzunehmen.

zu 7.6 3. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale)
- 3. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung -
Vorlage: VII/2020/02012

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) – 3. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung – gemäß der Anlage 1.

**zu 7.7 Bebauungsplan Nr. 145.2 Wohnbebauung Weißbuchenweg - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2020/01529**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 145.2 „Wohnbebauung Weißbuchenweg“ in Fassung vom 10.08.2020 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 145.2 „Wohnbebauung Weißbuchenweg“ in Fassung vom 10.08.2020 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 7.8 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2020/02095**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Geldspende der Dachdeckerei Streit GmbH, Merseburger Str. 386, 06132 Halle (Saale) in Höhe von 10.700,00 EUR für die Anschaffung von Geräten auf dem Spielplatz Buchenweg.
(PSP-Element 8.55102029 - Ausstattung Freizeit/Bolz-und Spielplätze)
2. Geldspende der KIRE Management GmbH, Blumenstraße 1, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 2.000,00 EUR für die Kita Krähenberg

(PSP-Element 1.36501 - Betrieb von Kindertageseinrichtungen)

3. Geldspende von Herrn Weéprich, H.-J. in Höhe von 2.000,00 EUR für das Tierheim der Stadt Halle (Saale).

(PSP-Element 1.12213 - Tierheim)

4. Sachspende vom Verein „Freunde der Stadtbibliothek Halle e.V.“, Kreuzvorwerk 10, 06120 Halle in Höhe von 3.565,27 EUR für die Stadtbibliothek der Stadt Halle (Saale).

(PSP-Element 1.27201 - Stadtbibliothek)

5. Sachspende des Freundes- und Fördervereins des Stadsingechores zu Halle e.V. für einen Flügel, Yamaha in Höhe von 4.360,00 EUR

(PSP-Element 8.26202001.710 - Stadsingechor zu Halle)

6. Geldspende der BTK Binnewies Kurch Streuber, Steuerberater- und Rechtsanwaltssozietät, Rudolf-Breitscheid-Str. 10, 06110 Halle (Saale) in Höhe von 1.500,00 EUR für die Kita Froschkönig

(PSP-Element 1.36501 - Betrieb von Kindertageseinrichtungen)

zu 8 Wiedervorlage

Herr Helmich übernahm den Vorsitz des Stadtrates.

- zu 8.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, MitBürger & Die Partei und SPD zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz
Vorlage: VII/2019/00401**
-

- zu 8.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zu Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz (VII/2019/00401)
Vorlage: VII/2020/01934**
-

zu 8.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz**
Vorlage: VII/2020/01926

zu 8.1.3 **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz**
Vorlage: VII/2020/02030

zu 8.1.4 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz; VII/2019/00401**
Vorlage: VII/2021/02234

Die jeweiligen Änderungsanträge wurden durch Vertreter der Fraktionen eingebracht.

In dem Zuge zog **Herr Wels** den Änderungsantrag unter TOP 8.1.2 zurück.

Es folgte ein Meinungsausschuss zu den Namensvorschlägen.

Schließlich bat **Herr Helmich** um Abstimmung.

zu 8.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zu Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz (VII/2019/00401)**
Vorlage: VII/2020/01934

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass **für** das neue Planetarium am Holzplatz mit seiner voraussichtlichen Eröffnung im Jahr 2021 ~~den Namen „Planetarium Halle (Saale) – Sigmund Jähn“ erhält. eine öffentliche Ausschreibung und Vergabe der Namensrechte gegen Entgelt erfolgt.~~ Die Erlöse sollen in **zusätzliche Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche im Produkt 1.28105** fließen.

zu 8.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz**
Vorlage: VII/2020/01926

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass das neue Planetarium am Holzplatz mit seiner voraussichtlichen Eröffnung im Jahr 2021 den Namen „~~Planetarium Halle (Saale) – Sigmund Jähn~~“ „**Neil Armstrong-Planetarium Halle (Saale)**“ erhält.

zu 8.1.3 **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz
Vorlage: VII/2020/02030**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass das neue Planetarium am Holzplatz mit seiner voraussichtlichen Eröffnung im Jahr 2021 den Namen „~~Planetarium Halle (Saale) – Sigmund Jähn~~“ „**Alfred Weigert-Planetarium Halle (Saale)**“ erhält.

zu 8.1.4 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, MitBürger & Die PARTEI und SPD zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz; VII/2019/00401**
Vorlage: VII/2021/02234

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

28 Ja / 18 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, dass das neue Planetarium am Holzplatz mit seiner voraussichtlichen Eröffnung im Jahr 2021 den Namen „Planetarium Halle (Saale) Sigmund Jähn“ erhält.

- ~~2. Für eine kritische Würdigung wird die Biographie Sigmund Jähns im Kontext des politischen Systems der Deutschen Demokratischen Republik umfassend analysiert und aufgearbeitet. Die Ergebnisse werden in einer dafür geeigneten Form am/im Planetarium für die Öffentlichkeit dargestellt. Gleiches gilt für die Produkte der Öffentlichkeitsarbeit, z.B. Homepage des Planetariums, Flyer, usw.~~

zu 8.1 **Antrag der Fraktionen DIE LINKE, MitBürger & Die Partei und SPD zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz**
Vorlage: VII/2019/00401

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass das neue Planetarium am Holzplatz mit seiner voraussichtlichen Eröffnung im Jahr 2021 den Namen „Planetarium Halle (Saale)“ erhält.

zu 8.3 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung des IT-Konzeptes für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2021/02165

Herr Lochmann sagte, dass die Auflagen in dem vor einem Jahr beschlossenen IT-Konzept nicht ausreichend umgesetzt sind. Er führte in den Antrag ein und warb um Zustimmung.

Herr Wels sprach sich für den Antrag aus. Es ist notwendig, dass die ITC die Intention des Antrages umsetzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung eine Annahme des

Antrages empfiehlt.

Herr Schachtschneider sagte, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird. Teile des Antrages seien widersprüchlich.

Herr Lange sagte, dass man größtmögliche Teilhabe der Schulen und Lehrmittelfreiheit erreichen möchte. Er warb um Zustimmung zum Antrag.

Frau Gellert sprach sich auch für den Antrag aus. Sie nannte beispielsweise die Sekundarschule Fliederweg, welche in der IT-Ausstattung große Defizite hat. Die Möglichkeiten sollten an allen Schulen hergestellt werden.

Frau Ranft sagte, dass sich die ITC für die sachliche Antragstellung bedankt habe. Sie bat die CDU-Fraktion um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Helmich** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat stellt fest, dass der Stadtratsbeschluss zum Konzept „IT macht Schule“ vom 29.01.2020 (Beschluss zur BV VI/2019/05270 und den Änderungsanträgen VII/2019/00273 sowie VII/2019/00423) nicht bzw. unvollständig umgesetzt wurde. Der Stadtrat verlangt auf Basis des am 29.01.2020 gefassten Beschlusses, bis zum 31.03.2020 folgende Änderungen an der Version 4.0 des Konzeptes vom November 2020 einzuarbeiten und den sofortigen Stopp von Umsetzungsaktivitäten, die diesen Vorgaben widersprechen.
 - a. Laut Stadtratsbeschluss ist unter Punkt 6 die Installation von Mesh-Routern nur in begründeten Ausnahmen zulässig. In Kapitel 4 des Konzeptes wird eine übergangsweise Installation von Mesh-Netzwerken als „denkbar“ beschrieben. In Kapitel 5.2.2 wird es sogar als Standardfall beschrieben. Stattdessen ist im Konzept diese oder eine vergleichbare Regelung aufzunehmen: „Die Installation eines Mesh-Netzwerkes ist zu begründen und der Stadtverwaltung zur Genehmigung vorzulegen. Der Genehmigung sind Messprotokolle beizufügen, aus denen die verfügbare Bandbreite der entfernten Router hervorgeht. Diese darf für alle Unterrichts- und Vorbereitungsräume 20 Mbit/s/Person nicht unterschreiten.“
 - b. In Abschnitt 5.1 des Konzeptes steht „... ein Großteil der Lernanwendungen [soll] ausschließlich im Rechenzentrum installiert und aktualisiert werden ...“ Das steht in direktem Widerspruch zu Punkt 9 des Stadtratsbeschlusses, laut dem auf die zentrale Bereitstellung von Lernsoftware im Rechenzentrum zu verzichten ist. Stattdessen ist im Konzept diese oder eine vergleichbare Regelung aufzunehmen: „In Zusammenarbeit von Stadtverwaltung mit den Schulen ist im Internet verfügbare

Lernsoftware auszuwählen und ggf. durch das Land, die Stadtverwaltung oder die Schule zu lizenzieren (Ausführung der Software entweder im Browser des Endgeräts oder in einer auf dem Endgerät zu installierenden App). Die Lernmittelfreiheit ist dabei nicht zu beschränken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass entsprechend des BYOD-Konzepts unterschiedliche Endgeräte eingesetzt werden. Vom Schulträger ausgewählte Lernsoftware kann zentral im Rechenzentrum bereitgestellt werden.“

- c. In Kapitel 5.2.3 wird beschrieben, dass für die Schüler*innen (insbesondere die BYOD-Geräte) kein direkter Internet-Zugang vorgesehen ist, sondern lediglich ein über RDS bereitgestellter Browser zur Verfügung gestellt wird. Damit wird z.B. die Nutzung lokal auf den BYOD-Geräten installierter Apps unmöglich gemacht. Das widerspricht dem uneingeschränkten Webzugang nach Punkt 8 und 9 des Stadtratsbeschlusses. Stattdessen ist im Konzept diese oder eine vergleichbare Regelung aufzunehmen: „Über eine bereitgestellte zentrale Firewall im Rechenzentrum wird allen Geräten ein direkter Zugang zum Internet ermöglicht. Eine angemessene Sicherheit im Netzwerk lässt sich trotzdem erzielen.“

- d. Laut Kapitel 5.4 werden Mindestanforderungen an Privatgeräte der Schüler*innen („BYOD-Geräte“) durch IT Consult vorgegeben. Das steht in klarem Widerspruch zu der im Stadtratsbeschluss Punkt 10 geforderten Betriebssystemfreiheit. Stattdessen ist im Konzept diese oder eine vergleichbare Regelung aufzunehmen: „Die Mindestanforderungen bei BYOD-Geräten sind so festzulegen, dass ein Zugriff mit allen verbreiteten Betriebssystemen (mindestens MS Windows, Android, MacOS, iOS, Linux) ermöglicht wird. Die Mindestversion ist so festzulegen, dass mindestens 85% der jeweils mit diesem Betriebssystem in Deutschland genutzten Geräte Zugriff erhalten können. Der Ausschluss alter Betriebssystemversionen muss begründet werden. Bei einem Ausschluss soll den betroffenen Schüler*innen ein Leihgerät zur Verfügung gestellt werden.“

- e. In Kapitel 5.5.4 des Konzepts wird ausschließlich die Unterstützung der Lehrkräfte über den Bildungsserver Sachsen-Anhalt thematisiert. Die Möglichkeiten eines zentralen Identitätsmanagements auf Landesebene, wie es in mehreren Bundesländern verfügbar ist, soll durch IT Consult mit dem Land erörtert werden.

2. Darüber hinaus sollte im Konzept erläutert werden, wie auch nach Beendigung der Corona-Epidemie hybride Unterrichtsformen, z.B. für Lerngruppen oder zur Teilnahme leicht erkrankter/ansteckender Schüler*innen, ermöglicht werden können. Hierfür ist eine Videokonferenz-Plattform unbedingter Bestandteil. In Frage kommt z.B. der Aufbau einer freien Software wie BigBlueButton im Rechenzentrum von IT Consult oder die Nutzung einer solchen Software z.B. in der HPI-Cloud.

**zu 8.4 Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zum digitalen Einlassmanagement
Vorlage: VII/2020/01948**

Frau Dr. Burkert vertagte den Antrag um zwei Monate, da der Oberbürgermeister zugesichert hat, innerhalb dieser Zeit die Ergebnisse der Überprüfung im Hauptausschuss vorzulegen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit und wo genau ein digitales Einlassmanagement für städtische Einrichtungen und Beteiligungen eingeführt werden kann. Geprüft werden soll dabei auch, ob und unter welchen Bedingungen ein solches „städtisches digitales Einlasssystem“ auch Projekten und Institutionen zugänglich gemacht werden kann, die durch die Stadt gefördert werden oder mit ihr kooperieren.

Das Prüfergebnis soll dem Stadtrat zum Ende des 1. Quartals 2021 zur Kenntnis gegeben werden.

**zu 8.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Diemitz
Vorlage: VII/2020/02034**

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Helmich bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen inwieweit die Kapazitäten an Unterrichts- und Sozialräumen an der Grundschule Diemitz ausgeweitet werden können. Dabei sind sowohl langfristige (Anbau) als auch vorübergehende (z.B. Container-) Lösungen zu prüfen.
2. Weiterhin wird die Stadtverwaltung beauftragt zu überprüfen, ob die an der Grundschule Diemitz vorhandene Toiletten und Sanitäranlagen für Mädchen und Jungen ausreichend sind bzw. inwieweit diese erweitert werden müssen.
3. Des Weiteren ist innerhalb der Turnhalle zu prüfen inwieweit die Toiletten der Jungen saniert werden können.
4. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat schnellstmöglich, spätestens aber im März 2021, vorzulegen.

**zu 8.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung einer
Systemsoftware laut IT-Konzept für Schulen
Vorlage: VII/2021/02150**

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Helmich bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Systemsoftware für die Bedarfe der halleschen Schulen nutzbar ist und somit die Koordination der onlinebasierten pädagogischen Wissens- und Kompetenzvermittlung innerhalb der Stadt Halle (Saale) erleichtern und verbessern kann. Nach Möglichkeit soll ein Pilotprojekt zur Vereinfachung des digitalen Unterrichts an Halleschen Schulen initiiert werden.
2. Bei der Prüfung geeigneter Software sind folgende Kriterien zu beachten:
 - Möglichkeiten der zentralen Verwaltung und Betreuung der Software über einen IT-Dienstleister
 - Anteil der im System enthaltenen und für den Unterricht und seiner Vorbereitung notwendigen Anwendungen
 - Möglichkeiten und Bedingungen zur Nutzung von privaten und älteren Endgeräten in Verknüpfung mit der Systemsoftware und ihren Anwendungen

- Unterstützung und Beratungsmöglichkeiten zur Software durch das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung
 - Transparenz und Kalkulierbarkeit des Lizenzmodells und der anfallenden Kosten auf einen längeren Zeitraum
3. Die Prüfergebnisse sind dem Stadtrat bis spätestens Ende des 2. Quartals 2021 zur Kenntnis zu geben.

**zu 8.7 Antrag der Stadträtin Beate Gellert zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten
Vorlage: VII/2020/01826**

**zu 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Stadträtin Beate Gellert zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten; VII/2020/01826
Vorlage: VII/2020/02083**

Frau Gellert sagte, dass der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernommen ist.

Sie machte deutlich, dass es nicht darum geht, Kindern die Technik näher zu bringen, sondern dass die Einrichtungen ausgestattet werden sollen.

Herr Raue sagte, dass es momentan andere Prioritäten gibt, die umgesetzt werden sollten. Die digitalen Voraussetzungen an Schulen zu schaffen sei momentan prioritär zu betrachten.

Frau Brederlow sagte, dass tatsächlich nicht alle Kindertageseinrichtungen die entsprechende technische Voraussetzung haben, sei es beim Eigenbetrieb oder bei den Freien Trägern. Die Qualitätsstandards wurden im Stadtrat beschlossen, es geht um die Fortschreibung. Ebenso gibt es den Auftrag an die Verwaltung ein digitales Anmeldemanagement einzuführen, dafür benötigt jede Kindertageseinrichtung einen entsprechenden Internetzugang, damit die Eltern die Möglichkeit haben sich direkt in den Einrichtungen anzumelden. Sie sagte, dass die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Herr Heym und **Herr Schnabel** sprachen sich gegen den Antrag aus.

Im Zuge der Diskussion stellte **Frau Mark** einen Antrag auf Abbruch der Debatte. Diesem wurde mehrheitlich zugestimmt.

Herr Helmich bat um Abstimmung des Antrages.

zu 8.7.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Stadträtin Beate Gellert zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten; VII/2020/01826**
Vorlage: VII/2020/02083

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der bisherige Beschlussvorschlag

~~„Die Stadt wird~~ **Der Stadtrat** beauftragt **die Verwaltung, gemeinsam mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen** – für ~~alle Kindertagesstätten~~ die baulichen **qualitativen** und technischen Voraussetzungen für ~~eine grundlegende~~ die digitale Infrastruktur **der Kindertageseinrichtungen und Horte** zu schaffen **einwickeln**. Hierzu gehört ebenfalls eine stabile und mit ausreichend Bandbreite versehene Internetverbindung. Eine Möglichkeit wären hierfür die LQE-Verhandlungen, wie in einigen anderen Fällen, zu standardisieren bzw. dies als Qualitätsmerkmal mit einzubauen. Dies ist u.a. auch ein Arbeitsergebnis der AG 3 78 KJHG Kita. **Das Ergebnis ist dem Stadtrat spätestens im Juni 2021 als Fortschreibung der Qualitätsstandards für Kindertageseinrichtungen zur Beschlussfassung vorzulegen.“**

wird gestrichen und durch die folgende Fassung ersetzt:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen **Mindeststandards für die digitale Ausstattung** von Kindertageseinrichtungen und Horten zu **erarbeiten (z.B. erforderliche Bandbreite des Internet-Anschlusses, Ausstattung mit PCs und anderen Endgeräten für die Mitarbeiter*innen, Zugang zu Endgeräten für Hortkinder im Rahmen der Hausaufgabenbearbeitung)**.

Das Ergebnis ist dem Stadtrat spätestens im Juni 2021 als Fortschreibung der Qualitätsstandards für Kindertageseinrichtungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. **Die Stadtverwaltung begleitet die Umsetzung dieser Mindeststandards in den Einrichtungen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten.**
3. **Die Stadtverwaltung nimmt die Mindeststandards in die LQE-Vereinbarungen der freien Träger von Kindertagesstätten und Horten auf.**
4. ~~Die Stadtverwaltung unterstützt die Kindertagesstätten und Horte der freien Träger und des Eigenbetriebes durch Verhandlungen mit den Providern im Rahmen von Erschließungsprojekten hinsichtlich der Anbindung mit Bandbreite entsprechend der Mindeststandards.~~

**zu 8.7 Antrag der Stadträtin Beate Gellert zu baulichen und technischen
Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten
Vorlage: VII/2020/01826**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen Mindeststandards für die digitale Ausstattung von Kindertageseinrichtungen und Horten zu erarbeiten (z.B. erforderliche Bandbreite des Internet-Anschlusses, Ausstattung mit PCs und anderen Endgeräten für die Mitarbeiter*innen, Zugang zu Endgeräten für Hortkinder im Rahmen der Hausaufgabenbearbeitung).

Das Ergebnis ist dem Stadtrat spätestens im Juni 2021 als Fortschreibung der Qualitätsstandards für Kindertageseinrichtungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Die Stadtverwaltung begleitet die Umsetzung dieser Mindeststandards in den Einrichtungen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten.
3. Die Stadtverwaltung nimmt die Mindeststandards in die LQE-Vereinbarungen der freien Träger von Kindertagesstätten und Horten auf.

Die Sitzung wurde für eine Pause unterbrochen.

Die Protokollführung wurde durch **Herrn Philipp Edlich** (Fraktionsmitarbeiter der FDP-Fraktion) übernommen. Es gab keinen Widerspruch dagegen.

Frau Müller übernahm wieder den Vorsitz des Stadtrates.

zu 9 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 9.1 **Antrag der CDU-Fraktion zur Konzepterstellung für eine Beleuchtung der Hafenhahntrasse**
Vorlage: VII/2021/02242

zu 9.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Antrag der CDU-Fraktion zur Konzepterstellung für eine Beleuchtung der Hafenhahntrasse (VII/2021/02242)**
Vorlage: VII/2021/02332

zu 9.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der CDU-Fraktion zur Konzepterstellung für eine Beleuchtung der Hafenhahntrasse (VII/2021/02242)**
Vorlage: VII/2021/02333

Herr Scholtyssek brachte den Antrag im Namen der CDU-Fraktion ein und warb um Zustimmung. Er sagte, dass die Änderungsanträge 9.1.1 und 9.1.2 übernommen werden.

Frau Dr. Brock sprach sich für den Antrag aus.

Herr Lange sagte, dass die beiden Änderungsanträge den Hauptantrag sinnvoll ergänzen. Moderne Beleuchtungsanlagen sollten möglichst mit erneuerbarer Energie versorgt werden und Lichtverschmutzung und Insektenschutz sollten Berücksichtigung finden.

Herr Heym sagte, dass der Antrag einen Mehrwert hat, allerdings fehlt der nötige Sponsor. Da Halle gerade eine Haushaltssperre hat, kann man sich über solche Anträge nur wundern.

Herr Raue und **Herr Schnabel** sprachen sich auch gegen den Antrag aus, es kostet Geld, welches nicht vorhanden ist, weiterhin haben Fahrräder Licht, eine Beleuchtung ist daher nicht prioritär.

Herr Eigendorf sprach sich für den Antrag aus, die Hafenhahnstraße wird zudem auch von Fußgängern benutzt. **Frau Mark** stimmte dem zu.

Frau Müller bat um Abstimmung des Antrages.

**zu 9.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Konzepterstellung für eine Beleuchtung der
Hafenbahntrasse
Vorlage: VII/2021/02242**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis September 2021 ein Konzept zur schrittweisen Beleuchtung der Hafenbahntrasse zu erarbeiten. Darin sollen die Abschnitte gemäß ihrer Frequentierung und Bedeutung gewichtet werden. Das Konzept beinhaltet einen möglichen Zeitplan sowie eine Kostenschätzung der einzelnen Abschnitte. Es soll insbesondere Möglichkeiten „Smarter Beleuchtung“ zur Verminderung von Energieverbrauch und Lichtverschmutzung prüfen. Im Rahmen der Konzepterstellung werden Lösungen für eine insektenfreundliche Beleuchtung erarbeitet sowie der Einsatz von solarbetriebenen Leuchten geprüft.

**zu 9.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Antrag der
CDU-Fraktion zur Konzepterstellung für eine Beleuchtung der
Hafenbahntrasse (VII/2021/02242)
Vorlage: VII/2021/02332**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis September 2021 ein Konzept zur schrittweisen Beleuchtung der Hafenbahntrasse zu erarbeiten. Darin sollen die Abschnitte gemäß ihrer Frequentierung und Bedeutung gewichtet werden. Das Konzept beinhaltet einen möglichen Zeitplan sowie eine Kostenschätzung der einzelnen Abschnitte. **Es soll insbesondere Möglichkeiten „Smarter Beleuchtung“ zur Verminderung von Energieverbrauch und Lichtverschmutzung prüfen.**

**zu 9.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der
CDU-Fraktion zur Konzepterstellung für eine Beleuchtung der
Hafenbahntrasse (VII/2021/02242)
Vorlage: VII/2021/02333**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis September 2021 ein Konzept zur schrittweisen Beleuchtung der Hafenbahntrasse zu erarbeiten. Darin sollen die Abschnitte gemäß ihrer Frequentierung und Bedeutung gewichtet werden. Das Konzept beinhaltet einen möglichen Zeitplan sowie eine Kostenschätzung der einzelnen Abschnitte.

Im Rahmen der Konzepterstellung werden Lösungen für eine insektenfreundliche Beleuchtung erarbeitet sowie der Einsatz von solarbetriebenen Leuchten geprüft.

zu 9.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Realisierung

eines Radweges zwischen Halle und dem nördlichen Saalekreis
Vorlage: VII/2021/02243

Herr Aldag verwies den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten. Die Verwaltung sollte erstmal darstellen, welche Projekte über das Förderprogramm finanziert werden können und welche noch im Vorlauf sind.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch
Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Vor dem Hintergrund eines kürzlich aufgelegten Förderprogrammes des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), wird die Stadtverwaltung aufgefordert, sich mit Priorität für die Errichtung eines Radweges von Halle (Saale) nach Morl über Grube Ferdinande (Saalekreis) einzusetzen.

zu 9.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einbeziehung des Betriebsausschusses des Eigenbetrieb Kindertagesstätten in die konkreten Planungen bei Neubauvorhaben und Sanierungen
Vorlage: VII/2021/02248

Herr Aldag bezog sich auf das Beispiel der Kindertagesstätte „Am Breiten Pfuhl“ und sagte, dass es falsch ist, dass diese Planungen je in einem Ausschuss präsentiert wurden. Planungen, die Kitas betreffen, werden bislang in keinem Gremium vorgelegt und beraten. Mit dem Antrag soll zumindest der Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten künftig verbindlich in Entscheidungen über Planungen und Realisierung von relevanten Projekten miteingebunden werden.

Bezugnehmend zum Beispiel und den gefällten Bäumen an der Kita „Am Breiten Pfuhl“ sagte **Herr Rebenstorf**, dass über die Baumfällliste im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung eine Einbindung erfolgt ist.

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Frau Müller bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten künftig verbindlich in Entscheidungen über Planung und Realisierung von relevanten Bauprojekten (Hoch- und Gartenbau) an städtischen

Kindertagesstätten eingebunden werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag soll dem Stadtrat bis zur Sitzung im Juni 2021 vorgelegt werden.

**zu 9.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Photovoltaik-Anlagen im Pachtmodell
Vorlage: VII/2021/02249**

Herr Dr. Lochmann brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und warb um Zustimmung.

Herr Raue sagte, dass die AfD-Fraktion den Antrag ablehnen wird. Die EVH kann jederzeit an Ihre Kunde herantreten und Werbung diesbezüglich versenden und Angebote verbreiten. Es besteht kein Handlungsbedarf für den Stadtrat.

Frau Müller bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der EVH GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH die Realisierung von sogenannten Photovoltaik-Pachtmodellen zu prüfen. Ein Prüfergebnis ist dem Stadtrat bis zur Sitzung im Juni 2021 vorzulegen.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Mittagsversorgung über das Bildungs- und Teilhabepaket während der Schließzeit von Einrichtungen innerhalb der Corona-Pandemie
Vorlage: VII/2021/02263**

Frau Dr. Brock zog den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück, da der Antrag als Anregung aufgenommen wurde.

Frau Brederlow sagte, das bereits an den ersten beiden Tagen 60 Familien die Mittagsversorgung in Anspruch genommen haben. Das Angebot wird aufrechterhalten und man prüft, weitere Caterer mit einzubinden.

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welches Vorgehen das sinnvollste und am schnellsten umsetzbare ist, um die Lieferung eines kostenlosen Mittagessens für Kinder und Jugendliche über die Leistung Bildung- und Teilhabe während der Schließzeiten von Einrichtungen innerhalb der Corona-Pandemie realisieren zu können.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Familien mittels geeigneter Kommunikationswege über die Möglichkeit der Lieferung des Mittagessens nach Hause zu informieren.

zu 9.6 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/02107

– Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll –

Frau Müller

Okay, wir kommen zu Punkt 9.6 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle. Gibt es dazu Redebedarf? Herr Raue, bitte.

Herr Raue

Um den Geschäftsordnungstrick, der da vorhin angewandt wird, gleich mal an dieser Stelle nochmal zu verhindern, dass der mir jetzt nochmal widerfährt, würde ich den Antrag im Anschluss an meinen Redebeitrag dann auch gleich verweisen in den Finanzausschuss, in den Ausschuss SGGa, Kulturausschuss und KUOA zur Beratung. Was wollen wir mit unserem Antrag erreichen? Unser Antrag dient eigentlich dazu, zu verhindern, dass kommunale Vergünstigungen auf Umwegen die Arbeit und Agitation verfassungsfeindlicher und extremistischer Organisationen in Halle stärken und fördern. Die Stadtverwaltung hat irrtümlich – wahrscheinlich hat sie unseren Antrag missverstanden. Sie hat irrtümlich geantwortet und ist davon ausgegangen, dass wir in unserem Antrag eigentlich meinen, dass die Stadtverwaltung direkt fördert und wir die direkte Förderung unterbinden. Wir gehen natürlich davon aus, dass eine direkte Förderung von Roter Hilfe und Offenen Antifa-Plenum nicht stattfindet. Aber, und darauf bezieht sich unser Antrag, diese Hilfen, die kommen bei den extremistischen, linksextremistischen Organisationen auf Umwegen an. Nämlich in dem Beispiel Reil 78. Da haben wir einen umfangreichen Beweisvortrag auch als Anlage an unseren Antrag jetzt mitgeliefert. Im Reil 78 ist es eben so, dass das Reil 78 selbst, aus unserer Sicht, eine durch eine geringe Miete oder ein geringes Entgelt in der Stadt geförderte Einrichtung ist, Jugendeinrichtung ist. Und dass aus dem Reil 78 heraus aber dann möglicherweise Untervermietungen oder Veranstaltungen stattfinden, wo eben im Prinzip Rote Hilfe oder Offenes Antifa-Plenum entweder eingeladen sind oder dort üblicherweise regelmäßig agieren und dort ihre Propagandaveranstaltungen durchführen können. Und das ist natürlich eine Hilfe, die indirekt dann durch die Stadt auch gefördert wird. Weil die Stadt eben selbst diese Einrichtung günstig und auch treuhänderisch in die Hände des KubultubuRebell e.V. gibt. Und dieser KubultubuRebell e.V. dann eben wiederum, möglicherweise eben auch ohne Wissen der Stadt, Veranstaltungen der Roten Hilfe und der Antifa durchführt. Und wir wissen ja auch alle, dass die Antifa selbst keine Organisation ist, die auf Gewalt verzichtet. Im Gegenteil: Gewalt gegen Personen, gegen Eigentum sind dort ein akzeptiertes Mittel. Und die Stadt hat natürlich letztendlich auch die Aufgabe, dass unser zivilrechtliches, unser geschütztes Zusammenleben, unser sicheres Zusammenleben zu fördern und alle von ihr geförderten Vereine und Projekte dahingehend anzuhalten, dass die eben Unterstützung, die sie selbst durch die Stadt erhalten, nicht weitergeben an z. B. Rote Hilfe oder Offenes Antifa-Plenum. Also extremistische

Organisationen. Und darauf bezieht sich unser Antrag. Und die Stadt hat jetzt einfach nur geantwortet, dass sie nicht selbst direkt fördert. Und das denke ich eben, ist für uns wichtig, dass wir das noch im Ausschuss klarmachen, dass dieses Verfahren offensichtlich existiert. Und dass die Stadt dann einfach nochmal schauen muss: Wie wertet sie einmal unseren Beweisvortrag und welche Möglichkeiten hat sie? Und unserer Auffassung nach müssen diese Organisationen vom Geld dann abgeschnitten werden, wenn sie sich dieses Vergehens dann auch, dieses Vergehen auch anlasten lassen müssen. Deswegen unser Verweis jetzt nochmal und das können wir dann gerne im Ausschuss nochmal diskutieren. Deswegen will ich jetzt auch nicht viel weiter vorgehen.

Frau Müller

Der Antrag ist damit verwiesen in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, in den Kulturausschuss, in den Ausschuss für Klima, Ordnung und Umwelt.

Herr Raue

Genau, Frau Vorsitzende. Und Finanzausschuss, genau.

Frau Müller

Finanzausschuss auch noch?

Herr Raue

Ja, klar. Es geht ja um Geld.

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim, dafür melden Sie sich bitte ordentlich und erklären das bitte. So wie es sich gehört, wenn Sie der Meinung sind, dass so erklären zu müssen. Herr Eigendorf, bitte.

Herr Eigendorf

Vielen Dank. Ich hätte jetzt noch erwartet, dass die AfD es vielleicht auch noch in den Rechnungsprüfungsausschuss verweist oder in sonstige Ausschüsse, die wir noch haben. Es bleibt noch der Kita-Ausschuss, genau, gute Idee. Aber am Ende des Tages bleibt es doch dabei. Die Stellungnahme, die die Verwaltung abgegeben hat, die ist absolut klar. Sie sagen jetzt „Ja, Sie haben uns nur nicht richtig verstanden.“ Sie reden von einem Beweisvortrag. Aber der Beweisvortrag, von dem Sie sprechen, zeigt doch eigentlich nur Ihr Weltbild. Das haben Sie vorhin ja bei dem Thema Hafenantrasse gezeigt. Die CDU ist für Sie eine linke Partei. Alles, was links von der CDU kommt, ist linksextrem. Im Kern ist aber das, was Sie jetzt hier mit dieser Verweisung machen, Beschäftigungstherapie. Deswegen kann ich schon ankündigen, wir werden diesen Antrag auch in der Debatte in jedem Ausschuss stellen. Das Ganze ist erledigt. Was Sie unterbinden wollen, macht die Verwaltung nicht, darf sie auch überhaupt nicht machen. Und Sie wären gut beraten, hier uns nicht mit solchen Lappalien, mit solchen Anträgen aufzuhalten. Das bringt uns alle nicht weiter. Vielen Dank.

Frau Müller

Und Herr Raue nochmal.

Herr Raue

Herr Eigendorf, ich dachte immer, Sie sind Jurist. Dann müssten Sie ja im Prinzip auch Texte lesen können.

Frau Müller

Herr Raue, nein. Stopp, stopp, stopp. Das war jetzt mein Fehler. Ich habe Sie aufgerufen, aber Sie dürfen nicht nochmal. Der Antrag ist verwiesen und Sie haben als Fraktion schon geredet.

(Zwischenrufe)

Frau Müller

Nein, er ist nicht persönlich angesprochen worden. In der Tat nicht. Gut, der Antrag ist verwiesen und wir sind bei Antrag 9.7.

– Ende des Wortprotokolls –

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle in den
Kulturausschuss,
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Rechtsrahmens, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Förderung oder Unterstützung soziokultureller Projekte und anderer Einrichtungen in der Stadt Halle mit öffentlichen Mitteln zu beenden, wenn diese extremistische, gewaltbereite, gewaltunterstützende oder verfassungsfeindliche Organisationen, Gruppen oder Personen (z.B. Rote Hilfe oder Offenes Antifaplenum), direkt oder indirekt, beispielsweise durch das zur Verfügung stellen von Räumen, Material oder Ressourcen für Veranstaltungen und Treffen, fördern oder unterstützen oder in den letzten vier Jahren unterstützt haben.

**zu 9.7 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer
Koordinierungsstelle Nachtleben
Vorlage: VII/2021/02262**

Frau Jacobi brachte den Antrag im Namen der Fraktion MitBürger & Die PARTEI ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Kulturausschuss, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung und Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters in den
Kulturausschuss,
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Koordinierungsstelle Nachtleben bzw. eine Stelle Fachbeauftragte*r für Nachtkultur einzurichten. Mit dem Schwerpunkt Nachtkultur fungiert diese Stelle als Mediatorin und Multiplikatorin zwischen Nachtschwärmenden, Anwohnenden, Clubbetreibenden, Gastronomie und Stadtverwaltung. Im besonderen Wissen um die Strukturen und sozialen Netzwerke der halleschen Clubszene, soll diese Stelle besonders dem Erhalt, Förderung und Wiederbelebung von Standorten der

Nachtkultur nach der Pandemie verpflichtet sein. Sie soll die Potenziale der Stadt eruieren, Synergien schaffen und dazu beitragen, das Miteinander zu stärken.

Folgende Aufgabenschwerpunkte soll diese Stelle erfüllen:

- konzeptionelle Arbeit für ein sichereres Nachtleben
- Beratung und Standortentwicklung
- Vernetzung von Club-, Subkultur- und Kreativszene sowie Gastronomie und Veranstaltungsbranche
- Schnittstellenarbeit zwischen der Nachtkultur, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat
- Koordination von Prozessen, die die Club- und Livemusikspielstätten sowie die Nachtkultur betreffen (Verdrängungs- und Schließungskonflikte, Standortveränderungen, neue Standorte)
- zentrale Ansprechperson für die Akteure*innen der Nachtkultur (insbesondere Clubs und Livemusikspielstätten, nachtkultureller Veranstalter*innen sowie Open-Air-Kollektive)
- Lotsenfunktion sowie Interessensvermittlung zwischen nachtkulturellen Veranstaltern*innen, Ordnungsbehörden und Stadtverwaltung

**zu 9.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Hubschrauber-Landeplatz in Halle-Lettin
Vorlage: VII/2021/02256**

Frau Ranft brachte den Antrag im Namen der Antragsteller ein und warb um Zustimmung.

Frau Mark sagte, dass eine Entscheidung schwierig ist, da man in der Sache keine Kenntnis hat. Das Land wird hier Prüfungen vollziehen, die mit einer entsprechenden Entscheidung dann einhergehen.

Herr Krause sagte, dass man gegen eine Ausweitung des bisherig geltenden Status von drei, vier, fünf Flügen ist. Der Investor verhält sich hinsichtlich seiner Pläne sehr ruhig, vermutlich sollen Flüge im dreistelligen Bereich erfolgen. Dagegen möge der Stadtrat sich aussprechen.

Im Weiteren bat **Frau Müller** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat spricht sich gegen die mit Datum vom 28.08.2020 beantragte Genehmigung für den Hubschraubersonderlandeplatz nach Luftverkehrsgesetz in Halle-Lettin aus.
2. Eine Ausweitung des Flugbetriebes in und um Halle-Lettin wird nicht befürwortet.
3. Abseits des laufenden Genehmigungsverfahrens wird angeregt, dass die Stadtverwaltung mit dem Antragsteller den Kontakt sucht, um auch alternative Lösungen zu diskutieren.

**zu 9.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung eines Projektes
„Fahrradfreundliches Rathaus“
Vorlage: VII/2021/02270**

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit ein Projekt „Fahrradfreundliches Rathaus“ umgesetzt werden kann. Zu prüfen sind dabei folgende Aspekte.

- a) Möglichkeit einer Radwegeverbindung zwischen dem Böllberger Weg und dem neuen Behördenstandort Scheibe A. Dies soll unter Berücksichtigung einer möglichen Route über die Fernwärmetrasse geschehen.
- b) Prüfung einer verbesserten Verbindung zwischen der Scheibe A und dem Marktplatz über das Rennbahnkreuz
- c) Einbindung möglichst witterungsgeschützter und attraktiver Radabstellanlagen für Beschäftigte und Besucher des neuen Behördenstandorts. Ladepunkte für elektrische Räder sollen mitgedacht werden.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat im April 2021 vorzulegen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

– Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll –

zu 12.1 Herr Feigl zum TOP Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Frau Müller

So, mündliche Anfragen. Dort haben wir bereits zwei mündliche Anfragen vorliegen und ich stelle die Frage: Wer hat weitere mündliche Anfragen? Wo habe ich denn letzte Woche, das letzte Mal angefangen? Das letzte Mal habe ich drüben angefangen, okay. Alles andere hätte mich jetzt verwundert. Gut, mal bitte die Arme wirklich auch so, dass ich, am besten mit gelber Karte. Ich bin auch ein bisschen hier mit meiner Brille ein bisschen, also okay. Vielen Dank erstmal und dann geht's los mit Herrn Feigl, bitteschön.

Herr Feigl

Ich habe zwei Fragen und zwar: Eigentlich habe ich eine Rückbemerkung zu den schriftlichen Anfragen, weil ich da nicht ganz einverstanden bin mit dem, was geantwortet wurde bzw. das rügen möchte. Und zwar geht es um die Frage 10.5 der schriftlichen

Anfragen „Ankauf und Verkauf von Gebäuden und Grundstücken“. Die Frage war schon etwas älter und die Antwort ist jetzt erfolgt, weil sie im Januar mit folgenden Worten sozusagen auf den Februar verschoben wurde: „Aufgrund des Rechercheaufwandes kann eine Beantwortung erst in der Stadtratssitzung im Februar 2021 erfolgen.“ Die Antwort, die uns jetzt gegeben wurde, ist: „Sie können Akteneinsicht beantragen.“ Ich möchte an dieser Stelle sagen, das ist eigentlich nicht die Form, wie ich schriftliche Anfragen beantwortet haben möchte und möchte das hier rügen. Also auch gerade wenn es verschoben wird und gesagt wird, der Rechercheaufwand ist größer, dann „Na dann macht doch Akteneinsichtnahme“ finde ich nicht richtig. Das als Bemerkung dazu. Wir werden die Akteneinsicht übrigens machen.

Und die Anfrage, die ich jetzt aktuell habe bezieht sich auf die Aussprache mit dem Oberbürgermeister vorhin. Da haben Sie eine Bemerkung gemacht, Herr Oberbürgermeister, dass wir selbstverständlich alle Akten bekommen, die in Ihrem Büro verfügbar sind. Nun beziehen sich in der Regel die Anfragen oder die Akteneinsichten, die gemacht werden, auf die Stadtverwaltung im Allgemeinen. Das heißt also auch auf die Fachbereiche, die eventuell nicht in Ihrem Büro sich befinden. Ich sage das auch aus dem Grund, weil ich vor einem halben Jahr eine Akteneinsicht hatte, wo ich auch wirklich zweimal nachfassen musste, weil sich die Akten einerseits beim Fachbereich Bau, also in der Bauordnung, befanden und bei der anderen in der Koordinierungsstelle Stadtсанierung. Wenn wir Akteneinsichten beantragen, wollen wir ja umfassend über das, was wir da wissen wollen, unterrichtet werden. Bezieht sich dann die Einsichtnahme auf die Gesamtheit der in der Stadtverwaltung vorhandenen Akten zu dem entsprechenden Thema ist meine Frage. Und zweitens: Wäre es nicht sinnvoll, auch für die Akten, wo ein Personenschutz gegeben ist, diese so aufzuarbeiten, dass man den Rest dieser Abteilung, da wo eben das Persönlichkeitsrecht Dritter nicht berührt wird, dass wir da auch entsprechend informiert sind? Ich kenne das aus anderen Zusammenhängen, dass durchaus entweder eine Teilakte vorgelegt wird oder entsprechende Passagen geschwärzt werden.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also grundsätzlich, Herr Feigl, würde ich den letzten Teil schriftlich beantworten, weil ich da Rücksprache mit dem Gesundheitsamt nehmen muss und das prüfen muss, was möglich ist. Zum allgemeinen Teil: Wenn Sie Akteneinsicht haben, holen wir aus allen Bereichen, aus allen Fachbereichen die Akten zusammen. Die werden zusammengestellt und werden dann in der Akteneinsicht zur Verfügung gestellt. Wenn Sie diesen Einzelfall, den Sie eben angesprochen haben, andeuten, dann wäre es gut gewesen, wenn wir uns nochmal zusammengesetzt hätten. Also das soll auf keinen Fall so sein. Dann ist das ein Fehler gewesen und das ist auch nicht in Ordnung. Wenn Sie Akteneinsicht haben, kriegen Sie sämtliche Akten aus der gesamten Verwaltung. In dem vorliegenden Fall habe ich Ihnen das deutlich gemacht. Ich habe mich da vorhin nicht präzise ausgedrückt. Sie kriegen die Akten aus der gesamten Verwaltung, wenn Sie Akteneinsicht haben.

Herr Feigl

Dankeschön.

zu 12.2 Herr Helmich zum Bolzplatz am Landesmuseum für Vorgeschichte

Frau Müller

Herr Helmich.

Herr Helmich

So, jetzt bin ich überfallen worden, ein bisschen. Die Anfrage ging auch schon schriftlich an die Verwaltung, aber die sind aktuell nicht mehr eingestellt worden. Auch ein Prozess, den ich ein bisschen schwierig finde, weil wir haben ja schon vorher schriftliche Mündliche als Format gehabt. Das scheint jetzt aber aktuell Schwierigkeiten zu erzeugen. Meine Anfrage richtet sich zum Zustand des Bolz- und Streetballplatzes am Rosa-Luxemburg-Platz schräg vor dem Landesmuseum für Vorgeschichte. Ich mache es ganz kurz. Natürlich wird das sicherlich schriftlich beantwortet werden, aber ich frage die Verwaltung: Wie bewertet die Stadtverwaltung den Zustand des Bodenbelages auf dem Hauptplatz? Spoiler – ich glaube, dass der in einem sehr schwierigen Zustand ist, der auch in Zukunft gesundheitsgefährdend sein kann aufgrund des Abnutzungsgrades. Und die zweite Frage: Plant die Stadt eine Erneuerung oder eine Sanierung des Belages, und wenn ja, mit welchem Zeitplan, und wenn nicht, warum nicht? Das wären meine zwei Fragen zu dem Themenkomplex.

Frau Müller

Frau Dr. Marquardt.

Frau Dr. Marquardt

Das beantworten wir schriftlich.

zu 12.3 Frau Dr. Burkert zum Flughafen Halle/Leipzig

zu 12.4 Frau Dr. Burkert zu Impfungen von nicht mobilen Bürgerinnen und Bürgern

Frau Müller

Frau Dr. Burkert.

Frau Dr. Burkert

Ja, vielen Dank. Ich habe zwei Fragen. Einmal zum Flugplatz Leipzig und dann zur Corona-Impfung von bettlägerigen Patienten.

Erstmal zum Flughafen Leipzig. Da hatten wir eine Anfrage gestellt unter 10.17 und hatten gefragt, inwieweit der Stadt bekannt ist, dass Flugkorridore am Flugplatz Leipzig/Halle nicht eingehalten werden. Und da hat die Verwaltung geantwortet, dass bei Ostwind das in Dölau vorkommt. Uns liegen Informationen von Anwohnern vor, dass über Dölau gekreist wird von Flugzeugen, weil die Landebahnen in Leipzig wohl nicht ausreichend sind in Leipzig und so die Flugzeuge die Wartezeit über Dölau überbrücken. Das ist die eine Sache. Und dann hatten sich Bürger aus Reideburg an die SPD-Fraktion gewandt, weil ihnen aufgefallen ist, dass Flugkorridore in Richtung Reideburg – also systematisch ein Großteil der Anflüge – wirklich verlassen werden und die Flugzeuge sich Reideburg nähern und es damit zu einer starken Lärmbelastung für die Bürger in Halles Osten kommt. Und hier die Frage an die Verwaltung: Ist es bekannt, dass Flugkorridore in Richtung Reideburg in vielen Fällen verlassen werden und was tut die Stadt Halle, um die Bürger im Osten, und auch in Dölau und insgesamt natürlich, vor Fluglärm, gerade in Coronazeiten und vermehrtem Flugverkehr, zu schützen? Vielen Dank. Ach so, das war die erste Frage. Soll ich die zweite gleich stellen, oder?

Frau Müller

Ja.

Frau Dr. Burkert

Genau. Zweite Frage war: Es hatten sich mehrere ältere Bürger an uns gewandt, wo bettlägerige Patienten, die über 80 sind, sich an die Stadt gewandt hatten und um Impfung gebeten haben – also das heißt eine Corona-Impfung zuhause – und waren jetzt enttäuscht,

weil auf ihre Schreiben keine Antwort der Verwaltung kam und sind verunsichert und wissen jetzt nicht: Sind die Schreiben angekommen? Wann werden sie geimpft? Werden sie überhaupt geimpft? Und da bitte ich um Maßgabe einer Zeitschiene, dass sich die älteren Patienten, die halt bettlägerig sind und nicht in ein Impfzentrum kommen können, einstellen können, wann sie wahrscheinlich in Halle mit der Impfung rechnen können. Vielen Dank.

Frau Müller

So, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, war das einmal für Herrn Rebenstorf und einmal für Brederlow? Für Sie selber? Okay, dann zunächst Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Genau, ich bin der erste zum Flugverkehr. Frau Burkert, das müssen wir auch nochmal schriftlich machen, um das genau rauszufiltern, was Sie meinen, und das zu prüfen.

Frau Müller

Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Ja, zu den Impfungen für nicht mobile Bürgerinnen und Bürger so viel zur Information: Wir haben das bereits bei den 90-Jährigen getan und haben dort individuelle Lösungen angeboten, sobald es die Situation ermöglicht. Momentan hoffen wir, dass es Mitte März soweit sein wird. Das heißt, dass auch Impfungen dann zuhause stattfinden können. Da würden dann bestimmte Gebiete geclustert. Das ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Deswegen ist hier auch nochmal der Blick auf die weiteren Impfstoffe, die unter Umständen in den nächsten Wochen auch auf den Markt kommen bzw. zugelassen werden. Und dieses Prozedere wird dann bei Rücksendung des Schreibens dann auch telefonisch mitgeteilt bzw. mitunter dann auch schon direkt vermerkt. Das ist bei den 90-Jährigen so angewendet worden und wird jetzt auch bei den 80-Jährigen umgesetzt. Hier haben wir natürlich nochmal eine ganz andere Dimension mit derzeit 10.000 Rückmeldungen. Von daher wird das sukzessive abgearbeitet. Da sind die Mitarbeiter dran und es gibt dann telefonische Informationen an die Familien.

zu 12.5 Herr Lange zur Sprachheilschule

Frau Müller

Herr Lange.

Herr Lange

Ich habe eine Frage zur Sprachheilschule. Wir haben jetzt hier Post bekommen, dass der Mietvertrag jetzt doch noch nicht abgeschlossen wurde zur Sprachheilschule. Die sollten ja sozusagen in die Arche Noah. Da haben wir uns ja auch im Bildungsausschuss drüber verständigt gehabt. Dass wir mehr Platz für die Sprachheilschule brauchen, das ist unstrittig. Und es gab ja auch einen Beschluss, den wir zähneknirschend gefasst haben, aber so ist es nun mal, wenn wir an der notwendigen Stelle den Platz brauchen. Jetzt ist meine Frage: Was ist denn der Hintergrund, ich meine, wir haben da ja auch einen gewissen zeitlichen Druck, da müssen ja auch noch ein paar Dinge gemacht werden, damit das Gebäude eben wieder für die Schule genutzt werden kann. Was ist denn jetzt der Grund, warum sich der Abschluss des Mietvertrags verzögert und will man daran festhalten, dieses Gebäude anzumieten oder gibt es jetzt neue, andere Pläne?

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde vorschlagen, Herr Lange, dass wir das im nicht öffentlichen Teil beantworten.

Herr Lange

Okay.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Weil es Grundstücksinteressen sind und es Angelegenheiten sind, die...

Herr Lange

Ja, das ist okay. Damit kann ich umgehen.

zu 12.6 Frau Haupt zu Mieterhöhungen

Frau Müller

Frau Haupt.

Frau Haupt

Ja, danke. Wir konnten ja zur Kenntnis nehmen, dass GWG und HWG auf Mieterhöhungen jetzt in der Pandemiezeit verzichten. Ich finde es auch sehr begrüßenswert, weil wir wissen ja alle, dass die finanziellen Belastungen durch die Mieterhöhungen eine sehr breite Schicht treffen. Also Arbeitslose, Kurzarbeiter, aber auch Eltern, die für ihre Kinderbetreuung zuhause bleiben, und auch Studenten, die keine Jobs finden usw. Das ist mir nochmal wichtig zu betonen. Nun gibt es aber in der Stadt tatsächlich ja – das wissen wir alle – noch andere Wohnungsgesellschaften, die nicht kommunal sind, und ein Einfluss ist nur bedingt möglich. Das ist mir schon klar. Ich frage trotzdem, ob die Stadtverwaltung Möglichkeiten sieht, hier in Form eines Appells oder wie man das auch immer nennen möge – nicht Einfluss, sondern einfach nochmal so einen Appell an die anderen Wohnungsgesellschaften zu richten, auf Mieterhöhungen zu verzichten. Weil mir berichtet wurde, dass natürlich – was heißt natürlich – dass darauf nicht verzichtet wurde von anderen. Es geht mir auch hier – das sein nochmal betont – um die Mieterhöhungen, die nicht aufgrund von Investitionen usw. gemacht werden, sondern die „normalen“ in Anführungsstrichen, die nach Gesetz gemacht werden dürfen, aber die man aussetzen kann. Ich will auch nochmal verweisen: Das ist zum Beispiel in Hamburg – es gibt auch andere Beispiele – in Hamburg zum Beispiel hat da die Senatorin für Stadtentwicklung in diesem Bündnis für Wohnen – ich setze das so ein bisschen gleich mit dem Netzwerkwohnen, was wir hier in der Stadt Halle haben – so einen Appell auch gerichtet hat. Deshalb meine Frage nochmal: Sieht die Stadtverwaltung Möglichkeiten, hier mit den anderen Wohnungsunternehmen auch in diese Richtung zu wirken, zu sprechen, zu argumentieren, dass Mieterhöhungen ausgesetzt werden können?

Frau Müller

Wer möchte darauf antworten? Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Beide städtischen Wohnungsgesellschaften, wie Sie es ja eben gesagt haben, haben sich klar bekannt, auch eine schriftliche Äußerung veröffentlicht und wir haben sie auch kommuniziert. Ansonsten können wir das nur so weitergeben als Appell. Das können wir gerne tun und würden da nochmal alle Wohnungsgesellschaften anschreiben und würden diesen Appell aus dem Stadtrat nochmal mitnehmen in einem schriftlichen Statement zu den privaten und freien Wohnungsgesellschaften, sodass wir das hier aufnehmen können.

Frau Haupt

Danke.

zu 12.7 Herr Scholtyssek zur Regelung der Vertretungsreihenfolge

Frau Müller

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank. Ich wollte nochmal nachfragen, anschließend an die Sitzung letzte Woche, ob die Verwaltung inzwischen klären konnte, wie die Vertretungsreihenfolge der Beigeordneten untereinander ist?

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Vertretungsreihenfolge haben Sie ja selbst festgelegt durch Beschluss. Deshalb brauchen wir darüber nicht zu diskutieren. Herr Geier, dann Herr Rebenstorf steht an letzter Stelle, dann kommt Frau Brederlow und dann dazwischen kommt Frau Marquardt. In dieser Reihenfolge haben Sie es beschlossen und so vertreten wir uns auch.

Herr Scholtyssek

Darf ich nachfragen?

Frau Müller

Bitteschön.

Herr Scholtyssek

Das ist uns bekannt, Herr Oberbürgermeister. Das haben wir beschlossen, wie Sie sagten. Mir kommt es auch auf die Vertretungsreihenfolge untereinander an. Das haben wir nicht beschlossen. Das ist eine verwaltungsinterne Regelung, die Sie erlassen haben.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister, bitteschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die interne Regelung ist, dass die Beigeordneten sich untereinander gegenseitig vertreten und in Absprache die Vertretungsregelung untereinander dann auch klären.

Herr Scholtyssek

Ist das irgendwo auch schriftlich festgehalten?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das muss in irgendeiner Beigeordnetenkonferenz festgelegt worden sein vor einigen Jahren. Da müssten wir etwas raussuchen und Ihnen das mitteilen.

Herr Scholtyssek

Da bitte ich drum. Vielen Dank.

zu 12.8 Herr Bönisch zur Vermietung und Verpachtung städtischer Immobilien an Vereine, Verbände und vergleichbare Institutionen

Frau Müller

Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Ja, ich möchte eigentlich nachfragen. Ich hatte im Oktober eine Anfrage gestellt zur Förderung von Vereinen, die Miet- oder Pachtverträge mit der Stadt haben, und da gab es lange keine Antwort. Jetzt, nach Mahnung, gab es doch eine Antwort, die etwas ausführlicher war, aber leider längst nicht ausführlich genug. Dort stand nämlich tatsächlich nur Verein A: Haus, 500 Euro, fertig; Verein B: Haus, 300 Euro. Das möchte ich aber gerne so beantwortet haben, dass ich damit auch etwas anfangen kann. Also das muss schon irgendwie normiert werden. Also, ist die Nutzfläche oder die Hauptnutzfläche angegeben und die Quadratmeterpreise müssen dann angegeben werden, sonst kann man ja das überhaupt nicht vergleichen. Es ist ja, wenn zwei Häuser – das eine 300 Euro, das andere 300 Euro; das eine 500 qm, das andere 200 qm – also das geht nicht. Damit habe ich nichts anfangen können und ich bitte, das um so etwas zu ergänzen, dass die Förderungen natürlich auch nachvollziehbar vergleichbar werden. Das ist jetzt so nicht der Fall. Ich bitte, diese Tabelle, die Sie da mir gegeben haben, um eine entsprechende, um mindestens eine entsprechende Spalte zu erweitern. Danke.

Frau Müller

Frau Marquardt.

Frau Dr. Marquardt

Das liefern wir nach dann, die Übersetzung.

zu 12.9 Herr Streckenbach zum Orgacid-Gelände

Frau Müller

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Herr Oberbürgermeister, Sie haben heute von sich aus zweimal das Thema Orgacid angesprochen. Bei Ihrem zweiten Hinweis habe ich mich über die Antwort etwas gewundert, aber sei es drum. Ich werde aus Zeitgründen, Frau Müller, meine Fragen lediglich verlesen und bitte um eine schriftliche Antwort durch die Stadtverwaltung. Ich möchte im Vorfeld ausdrücklich darauf hinweisen, dass es mir darum geht, dass ich ausschließen möchte, dass wir es mit etwas anderem zu tun haben, als mit Behördenversagen in den letzten 30 Jahren. Diese Klarheit brauche ich. Meine Fragen:

1. Besteht die Gefahr, dass die Stadt Halle in Verbindung mit den Ermittlungen im Zusammenhang mit Teilgrundstücken des Orgacid-Geländes zu bringen ist? Ich beziehe mich auf dem SEK-Einsatz vom 14.11.2020.
2. Aus welchem Grund hat sich die Verwaltung entschieden, eine dritte Privatperson, die nach Medienberichten von Ermittlungen betroffen ist, in der Beigeordnetenkonferenz am 25.09.2018 den aktuellen Sachstand zum Orgacid-Gelände öffentlich darstellen zu lassen?
3. Bestand aus Sicht der Verwaltung zu irgendeinem Zeitpunkt eine in Zusammenhang mit den Ermittlungen zu sehende Gefährdung für den Gutachter beim Betreten der beiden Teilgrundstücke des Orgacid-Geländes, gegen deren Eigentümer nach Medienberichten Ermittlungen geführt werden? Ich bitte um Begründung.

4. Ist der Verwaltung bekannt, ob Grundstückseigentümer von Teilflächen des Orgacid-Geländes, gegen die nach Medienberichten im oben genannten Zusammenhang ermittelt wird, das Grundstück gegenwärtig zum Verkauf anbieten. Wenn ja, überlegt die Stadt, das Vorkaufsrecht auszuüben oder tritt das Land als Kaufinteressent auf? Danke.

Frau Müller

Frau Ernst.

Frau Ernst

Herr Streckenbach, ich möchte die Beantwortung nochmal in zwei Bereiche teilen. Das erste ist das Thema Leuchtturmprojekte und die Förderung, die Sie ja immer wieder ansprechen, wo Sie vermissen, dass das Thema dort entsprechend berücksichtigt wird. Ich glaube, das ist gestern im Wirtschaftsausschuss auch nochmal deutlich geworden, dass die Verwaltung da sehr intensiv prüft. Sie wissen aber auch, dass die Möglichkeiten, die die Stadt hat, in der Eigentumsposition, in der sie sich befindet, dort im Moment keine Förderungsthemen sieht. Das ist Ihnen, glaube ich, im Oktober/November sehr ausführlich in der gemeinsamen Beratung mit dem Wirtschaftsausschuss des Saalekreises erläutert worden. Und insofern hat die Verwaltung zugesichert, dass sie sich weiter um das Thema bemüht bzw. versucht, Möglichkeiten aufzuzeigen, ins Gespräch mit dem Land zu gehen. Das ist, denke ich, auch deutlich geworden. Der zweite Teil Ihrer Frage zielt jetzt auf entsprechende Ereignisse in den vergangenen drei Jahren ab. Die Beigeordnetenkonferenzeinladung des Eigentümers, den Sie gerade erwähnt haben, stand in einem ganz anderen Zusammenhang. Insofern habe ich jetzt so ein bisschen Probleme, weil zwischen den Zeilen da so eine Kriminalisierung durchscheint. Und Sie haben von Seiten der Verwaltung auch nochmal eine Aufbereitung Ihrer Fragen, so wie in der vergangenen Woche zugesichert, bekommen. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob Sie die erhalten haben. Haben Sie noch nicht erhalten? Insofern hat das Herr Rebenstorf nochmal für Sie zusammengestellt, in Ergänzung seiner Beantwortung aus der vergangenen Woche. Und insofern ist das eine zukunftsgerichtet, das Thema wie lässt sich das Orgacid-Gelände im Rahmen des Strukturwandels betrachten? Welche Möglichkeiten hat die Stadt bzw. das Land? Und das zweite Thema ist dann einzelne Eigentümerpositionen, die jetzt mit Polizeieinsätzen hier kombiniert worden sind, wo die Verwaltung dazu keine Auskunft geben kann. Was es aber an Genehmigungsfragen und dergleichen mehr gibt, hat Ihnen Herr Rebenstorf aufbereitet und das müsste Ihnen spätestens morgen Früh zugehen. Und dann würden wir, wenn da Fragen offengeblieben sind, auch gerne weitere Fragen beantworten.

Frau Müller

Frau Jacobi. Herr Bönisch, ich habe Sie schon aufgeschrieben. Jetzt sehe ich Sie. Okay. Jetzt muss ich dann aber doch mal. Wenn jetzt noch mehr Leute sich melden. Wir sind jetzt eigentlich grade wieder an dem Zeitpunkt, wo wir eine Pause machen wollten, müssten sogar. So haben wir das festgelegt. Dann frage ich jetzt nochmal ab. Wer hat jetzt noch mündliche Anfragen? Gut, dann machen wir das so. Dann machen wir jetzt erst die Pause, ansonsten wird das zu lang. Wir gehen jetzt in, also ich unterbreche jetzt diesen Punkt zwölf und wir gehen jetzt in die Pause und wir sehen uns Punkt 20.00 Uhr wieder.

Die Sitzung wurde für eine Pause unterbrochen.

zu 12.10 Frau Jacobi zum Impfen

Frau Müller

Frau Jacobi bitte schön.

Frau Jacobi

Danke. Ich habe ein paar Fragen zu der Beantwortung unserer Fragen zu dem Impfverfahren. Zur ersten Frage wundert mich die Antwort schon, dass die Daten nicht erfasst wurden, obwohl ja sehr genau in der Einleitung neu dargestellt wird, wie viele Personen über den Zeitraum von zwei Monaten dort mit diesem Ad-hoc-Verfahren geimpft worden sind. Die Frage, da Sie ja dann mit dem Schreiben vom 08.02.2021 von der Ministerin Grimm-Benne dazu aufgefordert wurden, das Verfahren mit den Restimpfstoffen zu dokumentieren. Wird das dann jetzt gemacht?

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Was wird gemacht Frau Jacobi?

Frau Jacobi

Das Verfahren mit den Restimpfstoffen dokumentiert, so wie Frau Ministerin Frau Grimm-Benne in ihrem Schreiben vom 08.02.2021.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Es wird alles dokumentiert im Gesundheitsamt.

Frau Jacobi

Und warum wird unsere erste Frage dann damit beantwortet, dass die Daten nicht erhoben wurden?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe Ihnen ja deutlich gemacht, dass nicht im Einzelnen dann wer angefragt hat oder ähnliches dokumentiert wurde, sondern es sind die Namen im Gesundheitszentrum dokumentiert.

Frau Jacobi

Also wir wollten ja wissen, sozusagen wie viele am Tag. Also wir wollen ja nicht wissen wer, sondern wie viele Restdosen am Tag sozusagen jeweils übrigbleiben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann nehme ich die Frage mit und da bekommen Sie eine Antwort drauf.

Frau Jacobi

Zur zweiten Frage, habe ich eine Verständnisfrage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Jacobi ich würde Sie darum bitten, dass Sie die Fragen stellen. Ich kann hier keine Zahlen aus dem Stehgreif oder ähnliches Beantworten. Wenn Sie Nachfragen haben, bitte reichen Sie diese ein und ich beantworte die schriftlich.

Frau Jacobi

Also darf ich jetzt die Fragen nicht weiter stellen?

Frau Müller

Doch natürlich Frau Jacobi, dürfen Sie die Frage stellen, weil ich entscheide hier, wer hier die Fragen stellt und wer nicht. Bitte.

Frau Jacobi

Also zur Frage zwei haben Sie geantwortet, dass den Behörden von Beginn an bekannt war, dass es sozusagen ein Problem oder dass es nicht geklärt ist, wie das Verfahren läuft. Frau Grimm-Benne, Ministerin Grimm-Benne fordert Sie auf mit dem Schreiben auch vom 08.02.2021, Stellung zu nehmen zu dem angewendeten Verfahren mit dem Restimpfdosen. Verstehe ich das also richtig, dass Sie, nachdem Sie in Katastrophenschutzstab sich abgestimmt hatten am 05.02.2021, dieses Verfahren nicht nach Magdeburg direkt weitergeleitet haben und dann dort im Kontakt mit den standen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Frage habe ich klar beantwortet.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister, bitte schön, Sie dürfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe die Frage beantwortet Frau Jacobi.

Frau Müller

Eine Nachfrage noch Frau Jacobi.

Frau Jacobi

Dann zur Frage vier. Da haben Sie geantwortet, dass die Stadträte ein Impfangebot erhielten. Also verstehe ich das richtig, dass Sie quasi, nachdem die Stadträte ihre Impfbereitschaft zu der Kategorie drei zugesagt haben, Sie diese Impfbereitschaft genommen haben und dann gleich auf die Ad-hoc-Liste gesetzt haben?

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe es vorhin beantwortet, Frau Jacobi. Ich habe gar nichts, irgendjemand auf irgendeine Liste gesetzt. Ich habe das, was ich bekommen habe, weitergeleitet an das Impfzentrum und das habe ich vorhin bereits beantwortet.

Frau Jacobi

Also, wenn ich nochmal nachfragen darf. Verstehe ich das richtig, dass sozusagen... Ja gut, ich habe keine Fragen mehr.

zu 12.11 Frau Gellert zum Impfen

zu 12.12 Frau Gellert zum Platz der Völkerfreundschaft

Frau Müller

Frau Gellert.

Frau Gellert

Ja meine erste Frage wurde in den nicht öffentlichen Teil verwiesen. Hier schließt sich die Frage der LINKEN an. Meine zweite Frage ist, es gab ja jetzt die Mitteilung, die Pressemitteilung auch schon vom Fachbereich Bildung, dass endlich auch Erzieherinnen und Erzieher und Lehrer und Lehrerinnen geimpft werden können. Da wollte ich fragen, also, dass das nicht ab Montag passiert ist mir schon klar. Aber ob es da schon einen Plan gibt und eventuell welcher Impfstoff eingesetzt wird. Weil wir haben ab Montag ja die eingeschränkte Betreuung von Kitas und da warten die Erzieherinnen ganz gespannt darauf. Vielleicht kann da Frau Brederlow noch etwas dazu sagen.

Meine zweite Frage bezieht sich auf den Platz der Völkerfreundschaft. Da weiß ich, dass ja das alte Kaufhallegebäude irgendjemanden gehört und dass es dazu einen Bauantrag gibt. Bis dato still der See. Vielleicht kann Herr Rebenstorf dazu was sagen, was da wann, wie gebaut wird. Es sei denn es ist geheim. Dann würden wir es in den nicht öffentlichen Teil setzen.

Frau Müller

Zuerst Frau Brederlow und dann Herr Rebenstorf.

Frau Müller

Frau Brederlow bitte.

Frau Brederlow

Ja, Frau Gellert, Sie haben das von mir bekommen, nicht vom Fachbereich Bildung und Sie haben von mir vorhin nochmal eine E-Mail bekommen. Die konnten Sie jetzt noch nicht lesen, das ist klar. Ich habe verwiesen auf die Pressemitteilung des Sozialministeriums vom Montag. Es wird der Impfstoff Astra Zeneca. Da wird ein Viertel der Impfdosen für den Bereich zur Verfügung stehen. Die Impfverordnung des Bundes ist heute veröffentlicht worden, die geänderte. Es betrifft also tatsächlich Grundschullehrer/innen, Förderschullehrer/innen, Erzieher/innen in den Kitas bzw. Mitarbeiter in den Kitas. Wann genau der Impfstoff geliefert wird, das müssen wir sehen. Das müssen wir besprechen und wie dann die entsprechende Organisation sein wird, das müssen wir auch noch besprechen.

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Frau Gellert, muss ich mitnehmen, recherchieren und wir würden dann schriftlich antworten.

zu 12.13 Herr Bönisch zur Maskenpflicht in der Innenstadt

Frau Müller

Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Ja, ich habe vorhin eine Frage vergessen, Herr Oberbürgermeister. Haben Sie denn mal die Entscheidung oder die Anweisung der Maskenpflicht in der Altstadt evaluiert? Ich bin vorhin in der Kleinen Ulrichstraße entlanggegangen. Ich habe dort insgesamt, ich habe einmal gezählt. Ich habe dort insgesamt neun Leute getroffen. Ich bin neun Leuten begegnet. Da kann man doch nicht von einer Dichte sprechen, die die Maskenpflicht rechtfertigt. Ich kann das ja vielleicht nachvollziehen, obwohl jetzt überall relativ wenig Verkehr ist, für die Leipziger Straße, den Marktplatz vielleicht im Getümmel des Wochenmarktes oder vielleicht in der Großen Ulrichstraße. Aber in den Nebenstraßen ist wirklich mitunter so wenig Verkehr, dass ich eine Maskenpflicht eigentlich nicht gerechtfertigt finde. Haben Sie das mal überdacht und dürfen wir eventuell damit rechnen, dass diese Anweisung, mal spezieller formuliert wird und nicht mehr so allgemein für den ganzen Altstadtring gilt?

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir prüfen das für die neue Verordnung. Wie Sie wissen, haben wir das ja zeitlich auch eingeschränkt. Das ist eine Beurteilung. Es soll jeglicher Kontakt vermieden werden und den Gegebenheiten, in denen wir uns momentan aktuell bewegen. Ich hatte ja vorhin berichtet. Wir gehen momentan wieder auf die 100 Inzidenz zu. Das wird mit den Ärzten besprochen, abgewogen und kommt dann in die Verordnung. Das, was Sie gesagt haben, wird immer stets auch berücksichtigt und auch diskutiert und abgewogen.

zu 12.14 Herr Wolter zum Krankenstand in Teilen der Verwaltung

Frau Müller

Herr Wolter.

Herr Wolter

Ja Dankeschön. Als erstens, ich mache eine kleine Anmerkung, das bündelt in eine Frage. Dann habe ich zwei Fragen. Frau Jacobi hatte in Namen unserer Fraktion versucht, Fragen zu stellen zu den Antworten, die die Stadtverwaltung uns gegeben hat zu Ad-hoc-Impfverfahren. Aufgrund dessen, dass wir ja erst hier wenige Minuten vor der Sitzung diese schriftlichen Antworten hier erhalten haben, haben wir versucht jetzt trotzdem mündlich darauf zu reagieren. Wir würden das nochmal schriftlich nachreichen, weil es der schnellen Auswertung in den Pausen einfach viele Fragen nochmal entstanden sind. Ich habe mich gefreut, dass Frau Jacobi das versucht hat, aber ich glaube es ist zielgenauer, wenn wir das nochmal schriftlich fassen, weil es da Verständnisfragen gibt. Ich denke, dass Sie das dann schriftlich beantworten. Danke. Dass, war meine erste Anmerkung mit Frage.

Zweitens, wir haben das schon schriftlich eingereicht. Da geht es, um Krankenstand in Teilen der Verwaltung. Ich denke, das liegt Ihnen vor. Es ist Ihnen ja zugegangen. Ich glaube schon gestern. Da geht es vor allen Dingen um Meldungen, die wir erhalten haben zum Krankenstand bzw. Unterbesetzung in der Ausländerbehörde und dadurch kommen wegen Corona noch mehr Schwierigkeiten zustande. Deswegen haben wir drei Fragen. Die erste Frage ist: Wie stellt sich der Sachstand aus Sicht der Verwaltung dar, also der Krankenstand

innerhalb der Ausländerbehörde? Zweitens: Bis wann ist geplant, diesen Mispstand in der betroffenen Betreuung abzustellen? Und drittens: Ist es geplant, die Mitarbeiterzahl in der Ausländerbehörde irgendwie aufzustocken oder dort Ersatzpersonal zu definieren, um die Leistungen zeitnah dann zu erbringen? Das wäre mein erster Fragekomplex.

Frau Müller

Herr Geier.

Herr Geier

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Wolter. Ich kann dazu antworten, zu dem Thema hoher Krankenstand. Ich habe mir eine aktuelle Auswertung kommen lassen. Da sind drei von 44 Beschäftigten im Moment krankgemeldet. Das entspricht 6,8 %. Im Januar war der Durchschnitt bei 9,2 %. Das ist aus meiner Sicht nicht untypisch für Winter und auch nicht ungewöhnlich. Ist auch so, dass wir hier Krankenstände regelmäßig beobachten und kontrollieren. Zu der Frage der Unterbesetzung, das würde ich jetzt so nicht definieren wollen. Denn wir haben im Verlauf des Jahres 2020 zwei zusätzliche Stellen in die Ausländerbehörde zugeführt. Zweitens, wenn Sie sich an die Haushaltsdiskussion zum Haushalt 2021 erinnern, sind ja auch durch Sie neun zusätzliche Stellen in der Ausländerbehörde genehmigt worden. Diese Stellen können dann in das Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren gehen, wenn der Haushalt genehmigt ist. Das ist vor kurzem erfolgt und das wird jetzt veranlasst. Mit diesen zusätzlichen neun Stellen wird es da auf jeden Fall eine entsprechende Entspannung geben.

Frau Müller

Herr Wolter.

Herr Wolter

Ich habe hier noch ein anderes Thema, was ich nachfragen will. Ich würde gern dazu noch einmal eine Nachfrage stellen.

Frau Müller

Bitte.

Herr Wolter

Das widerspricht ja vollständig der Meldung, die wir erhalten haben, von Menschen die sich, da sag ich mal, in einer Art von Betreuung und Beratungsverhältnis sind. Kann es sein, dass es dann aufgrund der Homeoffice-Regelungen zu so einem Bearbeitungsstau kommt und Wartezeiten wirklich 4, 5, 6, 7 Monate sind? Diese sind gerade in diesen Zeiten, noch eine extreme Schwierigkeit haben, da in irgendeiner Form Ansprechpartner zu erreichen. Wir haben gedacht, dass ist sozusagen aufgrund des Krankenstandes. Deswegen kam die Frage auch. Kann es sein, dass es da einen Regelungsbedarf zum Homeoffice gibt und dadurch keine Bearbeitungszeiten? Da habe auch eine Verständnisschwierigkeit. Ich bin überrascht, wegen der geringen Standzahlen.

Frau Müller

Herr Geier.

Herr Geier

Ich kenn jetzt natürlich, Herr Wolter, ich kenne jetzt Ihre Quelle nicht. Meine Quelle ist die Personalabteilung und das sind für mich die Zahlen, auf die ich mich auch dann berufen kann und berufen werde. Der Punkt ist auch mit dem Homeoffice, hat es nichts zu tun. Weil wenn Homeoffice eingerichtet wird, dann ist es so, dass jeder entsprechend auch Datenschutzrechtlich sicher mit seinen Dokumenten in der Ausländerbehörde arbeiten kann.

zu 12.15 Herr Wolter zur Akteneinsicht Alter Schlachthof

Herr Wolter

Dankeschön. Dann gibt es noch eine zweite Nachfrage an die Verwaltung und wenn ich die vortragen darf.

Frau Müller

Bitte.

Herr Wolter

Es sind ja manchmal Anträge auf Akteneinsicht. Wir haben einen gestellt. Dieser ist zugegangen. Da ging es um die Denkmallakten Schlachthof. Der ist am 28.01.2021 eingereicht worden, normal ist dann, spätestens nach einem Monat muss das hier passieren. Wir haben bis heute noch kein Datum. Wir fragen warum, weil 28.02.2021 rückt näher.

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Vielen Dank Herr Wolter, das kläre ich auf und bekommen morgen eine Information.

Frau Müller

Das war es Herr Wolter? Okay. Dann haben wir jetzt Frau Gellert. Ich habe Sie hier nochmal stehen. Ich weiß nicht warum. Sie wollen nicht nochmal? Okay. Dann Herr Schachtschneider.

zu 12.16 Herr Schachtschneider zum Flughafen Halle/Leipzig

Herr Schachtschneider

Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte jetzt die Frage von Frau Dr. Burkert nicht noch einmal wiederholen. Ich werde die Bitte an Herrn Rebenstorf, Frau Dr. Burkert fragte nach dem Flugverbot und dann die Fluglinien, die jetzt über Dölau laufen. Ich würde Sie bitten, das über den gesamten Westen also das betrifft Teile in Halle-Neustadt und Nietleben. Wenn Sie das recherchieren, dass Sie das bitte noch ausweiten könnten. Danke.

zu 12.17 Herr Lange zur Maskenpflicht

Frau Müller

Herr Lange.

Herr Lange

Ich will dann doch nochmal eine Frage auch im Anschluss an das, was Herr Bönisch gefragt hat, stellen. Zwar ist aufgefallen, weil auch Bürger mich darauf angesprochen haben. Das war ja völlig klar, dass an diesem wunderbaren Wochenende unglaublich viele Leute gern rausgehen wollen und der Lieblingsaufenthaltort ist irgendwie die Peißnitz. Das ist auch kein Geheimnis. Nun muss man aber feststellen, dass entlang des Riveufers und der Peißnitzinsel schon recht dicht an dicht gewesen ist und wo die Leute sich aufgehalten haben, das ist einfach dem Antrag verschuldet. Da mache ich niemanden einen Vorwurf.

Aber gibt es irgendwie die Möglichkeit, in solchen Fällen vielleicht Ad-hoc-Masken zu verteilen oder irgendwas? Weil das ist, glaube eine wesentlich gefährlichere Situation als jetzt nachts in der Ulrichstraße langzulaufen. Ich will gar nicht zu sehr das Management in der Innenstadt, weil es ist auch schwierig dann, ich sag mal abzugrenzen und so weiter und sofort infrage stellen. Da wo es halt tatsächlich auch fast schon mit Ansage zu Menschenansammlungen kommt, wenn am Wochenende schönes Wetter ist, ob man da vielleicht sich noch einmal Gedanken machen kann.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Lange, es besteht Maskenpflicht immer dann in einer Situation, wenn ich in einen Bereich komme, wo ich nicht die Abstände einhalte und jeder – und wir haben es oft kommuniziert – setzt auch die Maske auf, einige nicht. Wir sind vor Ort gewesen, auch auf der Peißnitz und haben immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Pflicht besteht.

zu 12.18 Herr Schied zum Riveufer

Frau Müller

Herr Schied.

Herr Schied

Ich habe nicht erwartet, dass ich so schnell drankomme. Mir ist gerade noch eine Frage eingefallen, die wir eigentlich schon länger stellen wollten. Damit es sich nicht so rauszögert. Die Situation am Riveufer ist folgende: Wir haben ja da jetzt, da ist einiges gemacht worden. Da ist das Geländer am Riveufer gemacht worden und ich denke mal aus denkmalschutzrechtlichen Gründen wird es wieder so hergestellt. Das Problem bei dem Geländer ist aber, dass es kein Übersteigschutz dort gibt. Das Geländer ist so gebaut, wie man es heute eigentlich nicht mehr bauen würde. Ich habe es am Wochenende wieder gesehen. Es lädt regelrecht dazu ein, darauf zu klettern und zu sitzen. Dann auch Leute an dem Geländer und wenn man sich die Situation dann ansieht. Hinter dem Geländer geht es über weite Strecken am Riveufer dann ziemlich schnell und relativ steil in die Saale. Wenn dort ein Kind darauf klettert und das Gleichgewicht verliert, dann plumpst es in die Saale und kommt dort aber auch nicht mehr raus. Es gibt dort über paar hundert Meter kaum eine Möglichkeit da wieder herauszukommen. Weil es gibt dort die Mauer und geht steil rein. Ich denke mal, das ist eine Situation, die nach Abhilfe schreit, in irgendeiner Form. Hat die Stadtverwaltung da sich mit der Situation schon einmal auseinandergesetzt, ist die Frage. Hat die Stadtverwaltung darüber nachgedacht, eventuell dort ein paar Rettungsringe anzubringen, für den Fall, das da wirklich jemand reinfällt? Der kommt dort so schnell nicht raus und dann möchte ich mit gar nicht ausmalen, was da eventuell passieren könnte.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir nehmen das mit. Danke für die Anregung.

zu 12.19 Herr Streckenbach zum zweiten Bauabschnitt in der Merseburger Straße

Frau Müller

Herr Streckenbach.

Herr Streckenbach

Die Bürgerinitiative Rosengarten ist an mich herangetreten mit einer Frage zum zweiten Bauabschnitt in der Merseburger Straße, an der Eisenbahnbrücke im Rosengarten. Sie wollen in Erfahrung gebracht haben von ausführenden Bauunternehmen, dass die Bäume, die dort ich nehme an, krankheitsbedingt gefällt werden müssen, damit das dort vierspurig durchgeht. Dass diese Bauausführung gestoppt wurde. Kann die Verwaltung dazu etwas sagen?

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Nein Herr Streckenbach, das sagt mit nichts. Das muss ich mitnehmen und prüfen.

Frau Müller

Ich sehe keine weiteren mündlichen Anfragen. Damit können wir diesen Tagesordnungspunkt beenden.

– Ende des Wortprotokolls –

zu 13 Anregungen

Frau Müller sagte, dass die vorliegenden Anregungen digital einsehbar sind. Sie fragte, ob es weitere Anregungen gibt.

zu 13.9 Frau Mark zur Protokollführung

Frau Mark regte an, ein Schichtsystem für das Team Ratsangelegenheiten einzuführen, um die Stadtratssitzungen trotz der Pandemiebestimmungen vollumfänglich durch die Mitarbeiter/innen abzudecken.

Es gab keine weiteren Anregungen.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

Frau Müller sagte, dass die vorliegenden Anträge digital einsehbar sind. Weitere Anträge auf Akteneinsicht gab es nicht.

Frau Müller beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Dennis Helmich
2. stellv. Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer

Philipp Edlich
Protokollführer